

Bezugspreis:

Wöchentlich 10 Pfennig, monatlich 2 Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Goerz- und Brombeider, Oesterreich, Litauen, Lauenburg 4.50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5.50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Stellung und Kleingarten“ sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Feiertags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Dienstag, den 23. Februar 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Vertriebsstellen: Berlin 37 536 - Hannover: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65; Diebstahl-Gesellschaft, Postfach 1000, Eintr. 1.

Anzeigenpreise: Die einseitige Anzeigenzeile 10 Pfennig, zweifach 20 Pfennig, dreifach 30 Pfennig, vierfach 40 Pfennig, fünffach 50 Pfennig, sechsfach 60 Pfennig, siebenfach 70 Pfennig, achtfach 80 Pfennig, neunfach 90 Pfennig, zehnfach 1 Reichsmark.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Druckgeschäft, Berlin SW. 68, Eintr. 1, abgeben werden. Geöffnet von 8 1/2 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Das Programm der Ratstagung.

Nur laufende Angelegenheiten - Pariser Besatzungsorgen.

Genf, 22. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die Tagesordnung für die am 2. März beginnende Tagung des Völkerbundesrates enthält, soweit sie am Montag bekannt geworden ist, noch keine der Fragen, die mit der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund in Verbindung stehen.

Zustimmung zum Eintritt Polens in den Völkerbundsrat von neuen französischen Zugeständnissen auf anderen Gebieten, und vor allem von einer Abkürzung der Besatzungsfristen für das Rheinland, abhängig zu machen.

So läßt sich der „Petit Parisien“ aus Berlin melden, daß man in der Wilhelmstraße sehr wenig erbaut sei von den Berichten, die die diplomatischen Vertreter Deutschlands über ihre letzten Schritte in den alliierten Hauptstädten erstattet hätten und man sich davon Rechenschaft gebe, daß die deutschen Argumente gegen den Eintritt Polens auf außerordentlich schwachen Füßen ständen.

Die Moskaufrage findet in dieser Ratstagung ihren formellen Abschluß, indem der Rat von dem auf 25 Jahre verlängerten Mandatsvertrag zwischen Großbritannien und dem Irak Kenntnis nimmt.

Zum Sicherheits- und Schiedsgerichtsproblem liegen zwei zusammenfassende Berichte des Generalsekretariats vor, von denen der Rat Kenntnis nehmen und sie an die Herbstversammlung des Völkerbundes weiterleiten wird.

Das erstmalig wird sich der Rat nicht mehr mit Danzig zu befassen haben. Dagegen liegen über Oberschlesien zwei Beschlüsse vor, eine aus Polen, die andere von der Vereinigung der Polen in Deutschland. Die periodischen Berichte der ständigen Kommissionen erwecken höchstens insofern Interesse, als in die Berichterstattung über die Lage in Ungarn die Frankfurter-Offiziere einbezogen werden könnten.

Das Verwaltungsamt ist an den Völkerbundsrat ein Begehren eingegangen um ein Gutachten des Internationalen Gerichtshofes darüber, ob die Internationale Arbeitskonferenz mit dem Abschluß des Abkommens über das Verbot der Nachtarbeit in den Büttereien ihre Befugnis überschritten habe.

Pariser Besatzungsorgen.

Die Angst vor Zugeständnissen an Deutschland.

Paris, 22. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die Kölner Rede des deutschen Außenministers findet in einem großen Teil der französischen Presse eine sonderbare Interpretation. Man will in ihr Anhaltspunkte dafür gefunden haben, daß das diplomatische Spiel Deutschlands darauf hinausläuft, die deutsche

Justimmung zum Eintritt Polens in den Völkerbundsrat von neuen französischen Zugeständnissen auf anderen Gebieten, und vor allem von einer Abkürzung der Besatzungsfristen für das Rheinland, abhängig zu machen.

So läßt sich der „Petit Parisien“ aus Berlin melden, daß man in der Wilhelmstraße sehr wenig erbaut sei von den Berichten, die die diplomatischen Vertreter Deutschlands über ihre letzten Schritte in den alliierten Hauptstädten erstattet hätten und man sich davon Rechenschaft gebe, daß die deutschen Argumente gegen den Eintritt Polens auf außerordentlich schwachen Füßen ständen. Deshalb habe man von Berlin aus die Idee eines Kompromisses lanciert, das eine vorzeitige Räumung der zweiten und dritten Zone zur Grundlage haben soll. Der „Intransigent“ spricht von einem deutschen Versuchskolon und von der Absicht der deutschen Regierung, durch die Befreiung des Rheinlandes dem Vertrag von Versailles den Todesstich zu geben. Auch der „Temps“ vertritt die Auffassung, daß das gegen die Erweiterung des Völkerbundsrats gerichtete deutsche Manöver in erster Linie darauf abziele, den Alliierten das Versprechen einer vorzeitigen Räumung des Rheinlandes abzuwingen. Deutschland verführe auf diese Weise seinen Eintritt in den Völkerbund zum Gegenstand eines neuen Ruhhandels zu machen und den Geist von Locarno einseitig im Dienste der deutschen Interessen auszubuten.

Gegen Bündnisse - Für Zusammenarbeit.

Amerikas Weltpolitik.

Philadelphia, 22. Februar. (WTB.) In einer Rede anlässlich der heutigen Gedenkfeier für George Washington erklärte Staatssekretär Kellogg, der Grundgedanke Washingtons, mit ausländischen Bündnissen keine dauernden Bündnisse abzuschließen, sei der Eckstein der auswärtigen Politik der Vereinigten Staaten geworden. Dieser Grundgedanke bedeute nicht Isolierung oder mangelnde Bereitschaft zur Mitarbeit in nicht politischen Fragen, er bedeute vielmehr, daß die Vereinigten Staaten zu der Ueberzeugung gelangt sind, daß politische und militärische Offensiv- oder Defensivbündnisse mit dem Grundgedanken der amerikanischen Staatsordnung und mit den Interessen des Volkes unvereinbar sind.

Graf Aldrovandi-Marescotti.

Bosdari Nachfolger in Berlin.

Die bevorstehende Abberufung des italienischen Botschafters in Berlin, Bosdari, bestätigt sich, ebenso die Nachricht, daß der bisherige Botschafter Italiens in Buenos Aires, Graf Aldrovandi-Marescotti, zu seinem Nachfolger bestimmt worden ist. Dieser befindet sich bereits auf dem Wege nach Europa. Der römische Berichterstatter des „Berliner Tagesblatts“ teilt mit, daß Aldrovandi, der früher in Sofia war, als ein Balkanpezialist gilt. Man kann es dahingestellt sein lassen, ob das der Grund ist, der ihn in den Augen Mussolinis als für den Berliner Posten besonders geeignet erscheinen läßt. Vor allem dürfte er wohl seine Ernennung der Tatsache verdanken, daß er Mitglied der faschistischen Partei ist, während Bosdari es beharrlich vermieden hatte, den Beitritt zur herrschenden Partei zu vollziehen.

Der in Paris erscheinende „Corriere degli Italiani“ versteht die Nachricht der Ernennung Aldrovandis mit folgendem interessanten Kommentar:

„Graf Aldrovandi war viele Jahre hindurch der Kabinettschef des Außenministers Sonnino. In der Zeit der italienischen Neutralität nahm er an den Verhandlungen zwischen Italien auf der einen, Oesterreich-Ungarn und Deutschland auf der anderen Seite teil, die mit dem Bruch des Dreibundes, wenige Tage nach der Unterzeichnung des Londoner Geheimvertrages, endeten. Dieser Londoner Vertrag zählte bekanntlich zwar nicht Rom zu den italienischen Städten, schenkte dafür Italien die Dase von Gibraltar, die Grabmäler der Scusiis sowie die endlose Wüste der Ober-Ghuba, und zwar ohne die Brunnen, die sie fruchtbar machen sollen.“

Im Jahre 1919 war Graf Aldrovandi der Berater Sonninos während der Versailler Friedensverhandlungen, immer auf der Grundlage des Londoner Geheimabkommens. In einem bestimmten Zeitpunkt dieser Verhandlungen, und zwar im Mai 1919, schloß Aldrovandi einem Vorstoß keineswegs abgeneigt zu sein, der dahin ging, Südtirol Oesterreich zu belassen, um dafür Italien den Besitz von Palästina zu sichern. Mit diesem Vorstoß hoffte man Wilson zu beruhigen, der gegen die Zuteilung Palästina an Italien energisch opponierte.

Nach dem Rücktritt Sonninos bekleidete Aldrovandi verschiedene diplomatische Posten zweiten Ranges. Diebeideit entsendte die italienische Regierung den Grafen Aldrovandi nach Berlin mit Rücksicht auf jene Reminiscenzen aus dem Jahre 1919.

Diese Worte des Pariser Antifaschistenblattes sind natürlich ironisch gemeint. Immerhin wird es nicht ohne Interesse sein, zu beobachten, wie derselbe Diplomat, der im entscheidenden Augenblick der Friedensverhandlungen bereit war, mit Südtirol ein

Tauschgeschäft zu machen, das ebensowenig mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker wie mit strategischer Notwendigkeit etwas gemein hatte, nunmehr im Auftrage Mussolinis mit Luchsaugen nach allen Wechungen der deutschen öffentlichen Meinung spähen wird, die geeignet wären, die „Heiligkeit“ der Brennergrenze anzuzweifeln.

Der Ueberfall von Alt-Landsberg.

Wo bleiben die Behörden?

Alt-Landsberg, 22. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Bei dem Ueberfall der Hakenkreuzler handelt es sich um einen geplanten und vorbereiteten Streich. Die Angreifer, 60-80 Mann, stammen zum größten Teil aus Neuenhagen. Einwohner versichern, daß sie sich am Tage vorher verabredet hätten, man müsse wieder jemand ausheben und den jungen Leuten Bewegung machen.

Obgleich der Tatbestand ziemlich klarliegt und eine Reihe der Haupttäter bekannt ist, scheinen die Behörden die Untersuchung sehr lässig zu betreiben. Bisher ist noch keiner der Haupttäter verhaftet worden. Die Lässigkeit der Behörden gegenüber den Burschen, die diesen Ueberfall geplant und vorbereitet haben, erregt Verwunderung und Entrüstung. Wären es Reichsbannerleute gewesen, so wären sie längst unter der Beschuldigung des Landesfriedensbruchs verhaftet worden. Es muß hier bei den Behörden nach dem Rechten gesehen werden.

Nach Jengen Tänzler.

Rücktritt des Geschäftsführers der Arbeitgeberverbände.

Der bisherige Geschäftsführer des Deutschen Arbeitgeberverbandes, Dr. Tänzler, der im Zusammenhang mit den an den Christlichen Lohndarbeiterverband zur Unterstützung des Gemeinmörders Schulz ausgezahlten 5000 M. eine Rolle gespielt hat, wird am 1. Juli ebenfalls aus seiner bisherigen Stellung ausgeschieden.

Als Nachfolger wird der frühere Regierungspräsident in Marienwerder, Dr. Brauweiler, genannt. Brauweiler wurde erst kürzlich von der preussischen Staatsregierung wegen seiner Einstellung zur Republik von seinem Amte enthoben.

Reichstagsabgeordneter Jehrenbach, der Vorsitzende der Zentrumskraktion, hat vor einigen Tagen in Berlin infolge von Ueberanstrengung einen körperlichen Zusammenbruch erlitten, von dem er in Freiburg i. B. Erholung sucht.

Ostoberschlesien.

Eine Staatsrettungsaktion und ihre Hintergründe.

Aus Oberschlesien wird uns geschrieben: Ueber die Hausdurchungen und Verhaftungen, die am 12. Februar in Ostoberschlesien einsetzten, sind die Leser des „Vorwärts“ schon telegraphisch unterrichtet worden. Es bleibt übrig, die politischen und sozialen Hintergründe dieser Aktion etwas genauer aufzuzeigen.

Die polnischen Behörden gehen von der Auffassung aus, daß es in Polnisch-Oberschlesien eine von Berlin aus finanzierte staatsfeindliche Organisation gibt, die für eine gewaltsame Rückkehr des Landes zu Deutschland die Stimmung vorbereiten soll. Die am letzten Freitag abgeschlossenen Hausdurchungen und Verhaftungen haben nichts ergeben, was jene Vermutung rechtfertigen könnte. Die Behörden sind aber so nervös geworden, daß jede Kritik an ihrem Vorgehen in den Zeitungen zu sofortiger Beschlagnahme führt. So wurde der sozialistische „Volkswille“, den man in deutsch-bürgerlichen Kreisen verdächtig, in polnischem Fahrwasser zu segeln, nicht weniger als dreimal beschlagnahmt. Vollkommen frei ist dagegen die polnische Presse in ihrer Hege gegen die Deutschen und in ihrer Aufforderung zu allen möglichen Gewaltmaßnahmen gegen sie. Tief zu bedauern ist es, daß sich auch der alte Führer der polnischen Sozialisten in Oberschlesien, Binickiewicz, von dem allgemeinen Fieber anstecken ließ und daß sein Organ die Auflösung des Deutschen Volksbundes, der Kulturorganisation des Deutschtums, fordert.

Die Nervosität, die in polnischen Kreisen Ostoberschlesiens herrscht, hat ihren Grund zwar nicht in irgendwelchen staatsgefährlichen Unternehmungen der Deutschen, wohl aber in einem unverkennbaren Stimmungsumschwung zugunsten des Deutschtums, der im ganzen Lande eingeleitet hat. In Orien, wo man sonst deutsch nicht sprechen durfte, hat die Bevölkerung zahlreiche Anträge auf Errichtung von Rinderheuschulen gestellt. Deutsche Theateraufführungen finden stärksten Zulauf, während selbst das gute polnische Theater in Katowitz vor leerem Hause spielt. Zugleich zeigt sich auch eine Stärkung der deutschen freien Gewerkschaften und der deutschen Sozialisten gegenüber den polnischen.

Die in Ostoberschlesien geschaffenen polnischen Organisationen haben sich niemals aus eigenen Mitteln erhalten können, sondern waren stets auf die finanzielle Unterstützung des Staates angewiesen. Nun, da infolge der schweren Finanzkrise die alten Quellen versiegen, droht ihnen der Zusammenbruch. Die von den polnischen Sozialisten und der Rationalen Arbeiterpartei aufgelegenen Genossenschaften machten damit den Anfang, indem sie mit mehr als 32 Filialen und einer Schuldenlast von 1 Million Zloty zusammenbrachen, in dem Augenblick, in dem ihnen die staatlichen Kredite entzogen wurden.

Solche Eindrücke mögen auch für die Haltung Binickiewicz entscheidend gewesen sein, der jetzt zum Eintritt in die polnische Einheitsfront auffordert, da die polnische Organisation zerstört, die polnische Presse ohne Leser sei. Bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, daß die Warschauer Zentrale der PPS, keineswegs mit der Haltung der polnischen Sozialisten in Ostoberschlesien einverstanden ist. Wiederholt haben Vermittlungsversuche zwischen deutschen und polnischen Sozialisten geschwebt, die jedoch bisher zu keinem Resultat führten.

Der Stimmungsumschwung in Ostoberschlesien ist zweifellos auf wirtschaftliche und soziale Verhältnisse zurückzuführen. Infolge der Wirtschaftskrise gibt es im Lande 80 000 Arbeitslose. Dabei verschärft sich die Krise von Tag zu Tag, und immer neue Betriebe werden stillgelegt. Mittlerweile haben zahlreiche polnische Staatsbürger Arbeit und Existenz im deutschen Oberschlesien gefunden, und sie haben sich davon überzeugt, daß dort die Wirtschaftslage immer noch verhältnismäßig besser ist, und daß die Löhne dort immer noch erheblich höher sind als im polnischen Teil Oberschlesiens. Mit den Versprechungen, die während des Abstimmungskampfes gemacht wurden, läßt sich eine solche Lage schwer vereinbaren. Dazu kam der deutsch-polnische Wirtschaftskrieg, der sich besonders in Polnisch-Oberschlesien verheerend auswirkte und die Bevölkerung zu der Ueberzeugung brachte, daß ohne Zusammenwirken mit Deutschland ein Wiederaufbau der polnischen Wirtschaft nicht auf möglich ist. Die Hoffnungen auf andere Absatzmärkte sind bis heute nicht verwirklicht worden. Nimmt man dazu, daß verschiedene Fälle behördlicher Korruption aufgedeckt worden sind, daß das polnische Schulwesen viel zu wünschen übrig läßt usw., so begreift man die Mißstimmung in der Bevölkerung, man begreift aber auch, daß eine gewaltsame Aktion gegen das Deutschtum das aller schlechteste Mittel ist, ihr zu begegnen. Es ist vorauszu sehen, daß infolge der Verfolgungen die Sympathien für das Deutschtum nur noch wachsen werden.

Von solcher Einsicht scheint der Wojwode Bilicki, ein verständiger Mann, nicht ganz fern gewesen zu sein. Weil er nicht so wollte, wie die polnischen Rationalisten, wurde er bei der Regierung der Begünstigung des Deutschtums angeklagt. Er mußte nach Warschau reisen, um sich von diesem

Wortwurf zu reinigen. Als er zurückkehrte, setzte die große Staatsrettungsaktion ein.

Es ist begreiflich, daß auch unter den deutschen Sozialisten Osterschlesiens starke Erregung herrscht. Auch sie sind von der Staatsrettungsaktion betroffen worden und stehen mit auf den Prospektionslisten, die von der polnischen Nationalistenpresse aufgestellt werden. Das alles kann sie aber nicht beeinträchtigen in der Erkenntnis, daß deutsche und polnische Arbeiter im Kampf gegen das Kapital und gegen Mißstände der Verwaltung zusammengehören, und daß es nur der Sache des gemeinsamen Gegners dient, wenn der nationallistische Janfapsel unter die Arbeiter geworfen wird in einer Zeit, in der ihr Zusammengehen notwendiger ist denn je. Demnach soll mit den Warschauer polnischen Sozialisten eine Verständigungskongresskonferenz stattfinden, die zunächst die gegenseitigen Beziehungen in Osterschlesien bereinigt und dann auch einen Plan zur Regelung der nationalen Minderheitenfrage ausarbeiten soll. Ein Erfolg dieser Konferenz ist im Interesse des schwer heimgeführten Landes dringend zu wünschen. Die Voraussetzungen für ihn aber ist, daß die vorhandene und von den polnischen Sozialisten Osterschlesiens geschürte Kampfstimmung schon zuvor nach Kräften abgebaut wird. Hier eröffnet sich für die Zentrale der PPS in Warschau eine Aufgabe, durch deren Lösung sie sich an der internationalen Verständigung ein erhebliches Verdienst erwerben kann.

Landbund und „Deutsche Zeitung“.

Eine Chreiege für deutsch-nationale Demagogie.

Die „Deutsche Tageszeitung“ veröffentlicht folgende Entschiedenheit des Schlesiens Landbunds gegen die „Deutsche Zeitung“:

„Die heute in Breslau veranfaßten Führer der Kreisorganisationen des Schlesiens Landbunds haben mit Entrüstung von dem Artikel der „Deutschen Zeitung“ vom 3. Februar d. J., in dem die Hoffnung ausgesprochen wird, daß der Schlesiens Landbund sich nächstens erleichtert nach einem neuen Führer umsehen wird“, Kenntnis genommen. Sie verbitten sich derartige, die Organisation beleidigende Einmischungen der „Deutschen Zeitung“ in die Angelegenheiten des Schlesiens Landbunds, und treten geschlossen hinter ihren bewährten und um die Landwirtschaft hochverdienten Vorsitzenden, Herrn Freiherrn von Richthofen-Boguslawitz, dem sie wegen seines auch bei der Niederlegung des Reichstagsmandates wiederum bewiesenen aufrechten, geraden Sinnes erneut ihres unbedingten Vertrauens versichern.“

Der Mandatsbericht Richthofens war ein Protest gegen die Locarno-Demagogie der deutsch-nationalen Reichstagsfraktion. Die Bemerkung des „aufrechten, geraden Sinnes“ des ehemaligen Abgeordneten von Richthofen in dieser Verbindung ist eine neue Chreiege gegen die unaufrechten Winkelpolitik der Deutsch-nationalen gegen Locarno. Es entbehrt nicht des Reizes, daß die „Deutsche Tageszeitung“, die die Demagogie gegen Locarno wacker mitvertritt, diese Entschiedenheit abdruckt.

Versicherungsgelder für Rechtsverbände.

Die Kreditgebarung der Reichsversicherungsanstalt.

Die Kreditgebarung der Reichsversicherungsanstalt gab wiederholt Anlaß zu unlieblichen Erörterungen. Nur durch die klare Kritik des R. V. B. und gelang die Abschaffung des Vermittlerwesens. Damit sind jedoch nicht die Mißstände in der Kreditgebarung der Anstalt gänzlich beseitigt. Während versicherten Angehörigen in vielen Fällen ein Darlehen verweigert wird, kommt die Anstalt anderen Kredituchern auffallend bereitwillig entgegen. Das beweist u. a. folgender Brief, den das Direktorium der Reichsversicherungsanstalt am 24. Dezember 1925 an den Vorsitzenden des Kuratoriums der Evangelischen Johannisstiftung, Spandau, Schönwalder Allee, schrieb:

„Hierdurch erkläre ich mich bereit, der Evangelischen Johannisstiftung in Spandau unter selbstschuldnerischer Bürgschaft des Deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverbandes in Hamburg nach Maßgabe des als Anlage 1 beigelegten Entwurfes einer Schuldurkunde ein weiteres jährlich in Vierteljahresraten mit 6 1/2 Proz. zu verzinsendes und mit 3 Proz. auf Grund eines noch aufzustellenden Tilgungsplanes unter Zuwachs der ersparten Zinsen zu stützenden Darlehens von 57 344 Gramm Feingold — das sind zurzeit ungefähr 160 000 Reichsmark — gegen erstfällige gesamthypothekarische Belastung der in der Schuldurkunde näher bezeichneten Grundstücke zu gewähren.“ Es folgen die weiteren formalen Bedingungen und die Unterchrift des Direktoriums der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte.

Das Johannisstift ist der Sitz bestimmter kulturpolitischer und politischer Kampforganisationen. Auch die „Evangelisch-Soziale Schule“, die sich die Bekämpfung des Marxismus zum Ziel gesetzt hat, ist im Johannisstift untergebracht. Das Geld der Angestelltenversicherung kann unter keinen Umständen den politischen Organisationen irgendwelcher, auch nicht kulturpolitischer Art zur Verfügung stehen; denn sonst müssen alle Verbände und Organisationen, auch die, die eine andere politische Richtung als die des Johannisstifts vertreten, Kredite der Angestelltenversicherung beanspruchen können. Das Reichsarbeitsministerium tut gut daran, wenn es sich einmal etwas eingehender um die Kreditgeschäfte der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte kümmert. Vor allem wäre es Zeit, daß der unheilvolle Einfluß des D. V. B. beseitigt wird.

Fürstenenteignung und Verfassungsänderung

Ein Urteil des Reichsgerichts.

„Ich habe den Reichstag... absolut hereingelegt...“
„Ich habe ihn in der Hand, und keine Macht der Welt soll mich davon abhalten, so viel herauszugeben, als möglich ist. Die Hunde sollen zahlen, bis sie blau werden!“
Diese Worte Wilhelms II., die nach der Annahme einer Flottenbaunovelle durch den Reichstag fielen (Zeitungs-Trübsal: „Zwölf Jahre am deutschen Kaiserhof“, S. 159), sollten an die Spitze aller Erörterungen über die Fürstenenteignung gestellt werden.

Heute versucht man das Volk „hereinzulegen“, indem man behauptet, der Volksentscheid über die Fürstenenteignung enthalte eine Verfassungsänderung. Nach Artikel 76 der Reichsverfassung sei daher die Zustimmung der Mehrheit der Stimmberechtigten erforderlich. Der Volksentscheid soll mit Artikel 109 der Reichsverfassung („Alle Deutschen sind vor dem Gesetz gleich“) unvereinbar sein. Diese Vorschrift ist aber nur eine Richtlinie für den Gesetzgeber, die Willkürakte verbieten soll und dort Ausnahmen erleidet, wo die Benachteiligung einzelner im Interesse der Gesamtheit erfolgt. Artikel 153 bestimmt deshalb: „Eine Enteignung kann nur zum Wohle der Allgemeinheit und auf gesetzlicher Grundlage vorgenommen werden. Sie erfolgt gegen angemessene Entschädigung, soweit nicht ein Reichsgesetz etwas anderes bestimmt.“ Jede Enteignung bedeutet danach eine Ungleichheit vor dem Gesetz und durch das Gesetz. Die Verfassung gestattet jedoch Enteignungen mit oder ohne Entschädigung, wenn sie nur zum Wohle der Allgemeinheit auf gesetzlicher Grundlage vorgenommen werden.

In einem Urteil vom 4. November 1925 (Juristische Wochenschrift 1926, S. 142 ff.), das die Verfassungsmäßigkeit des Auswertungsgesetzes bejaht, wird über die Enteignung unter anderem folgendes ausgeführt:

„Die gesetzliche Grundlage, die Absatz 2 Satz 1 (des Artikels 153) für eine zulässige Enteignung erfordert, ist hier, wo die Enteignung unmittelbar durch ein Reichsgesetz geschieht, in dem Gesetz selbst enthalten. Daß eine Enteignung nicht nur durch einen Verwaltungsakt auf Grund eines ihn rechtfertigenden Gesetzes, sondern unmittelbar durch ein Gesetz selbst erfolgen kann, ist vom Reichsgericht bereits wiederholt ausgesprochen worden. Der Mangel einer den verkäuferten Gläubigern zu gewährenden angemessenen Entschädigung steht der

Zulässigkeit der Enteignung nicht entgegen, da Absatz 2 Satz 2 des Artikels 153 den Ausschluß einer Entschädigung durch ein Reichsgesetz zuläßt und demnach für eine durch Reichsgesetz vorgenommene Enteignung das Erfordernis einer Entschädigung überhaupt nicht zwingend vorgeschrieben ist... Die Herstellung von Ruhe, Ordnung und Sicherheit im Innern (s. B. Verhinderung antirepublikanischer Umtriebe durch Enteignung, Red. des „Borm“) dient dem Wohle der Allgemeinheit und eine zu diesem Zweck vorgenommene Enteignung kann daher nicht als unzulässig angesehen werden. Ob der mit dem Gesetz erstrebte gemeinnützige Zweck in dem erhofften Umfang tatsächlich erreicht wird, ist ohne Belang. Wesentlich für die Zulässigkeit einer Enteignung kann immer nur sein, daß ein dem Wohle der Allgemeinheit dienender Zweck erstrebt wird und wenigstens teilweise erreichbar erscheint... Der Einwand, daß die Zulassung einer Enteignung... in Fällen der vorliegenden Art zu einer Aufhebung jeder verfassungsmäßigen Gewähr für das Eigentum der Staatsbürger führe, trifft nicht zu. Die Gewähr für das Eigentum wird von der Verfassung nicht unbedingt geleistet, sie kann nicht nur im Wege einer Verfassungsänderung gänzlich beseitigt werden, sondern sie gilt überhaupt nur mit den sich aus den Vorschriften des Absatz 1 Satz 2 und des Absatz 2 des Artikels 153 ergebenden Beschränkungen. Es ist ein allgemein anerkannter Grundsatz, daß das Wohl der einzelnen Staatsbürger hinter dem Allgemeinwohl zurücktreten muß... Soweit dabei das Wohl der Allgemeinheit in Betracht kommt, sind von der Verfassung keine Unterscheidungen gemacht, auf welchem Gebiet die Förderung des Wohles geschehen soll. Sie kann daher auch auf dem Gebiet der allgemeinen Wirtschaft liegen...“

Nach alledem wird das Reichsgericht, ohne seinen Standpunkt zu verlassen, den Volksentscheid über die Fürstenenteignung nicht als verfassungsändernd ansehen können.

Rückkehr des Regierungsdirektors Dr. Weiß.

Die Pariser Verhandlungen über die Frankfurter-Affäre. — Bevorstehende Auslieferung Holzmanns.

Der Chef der Berliner Kriminalpolizei, Regierungsdirektor Dr. Weiß, ist — wie die B. S. Korrespondenz meldet — am Montag nachmittag von Brüssel, wohin er sich in der vorigen Woche von Paris aus begeben hatte, nach Berlin zurückgekehrt. Dr. Weiß hatte in Paris Besprechungen in der Angelegenheit der ungarischen Frankfurter-Affäre. Aus den Mitteilungen, die ihm über den Stand der Untersuchung gemacht wurden, ist besonders von Interesse, daß man in Paris bisher keinerlei Unterlagen für die Behauptung besitzt, monach Prinz Windischgrätz in der Frage der Frankfurter-Affäre Beziehungen zu bekannten politischen Kreisen Deutschlands gehabt habe.

In Brüssel beschäftigte sich Dr. Weiß auch mit dem Fall des von den deutschen Behörden gesuchten und dort verhafteten Russen Michael Holzmann. Mit der Entschädigung des belgischen Gerichtes über den von deutscher Seite gestellten Auslieferungsantrag ist bereits für heute zu rechnen. Organische rechtlichen Schwierigkeiten sind nach Lage der Dinge nicht zu erwarten, so daß einer glatten Genehmigung der Auslieferung nichts im Wege stehen dürfte.

Das Beamtenbefolgungs-Sperrgesetz.

Abermals Verlängerung?

Das Beamtenbefolgungs-Sperrgesetz, das am 30. März abläuft, soll, wie verlautet, abermals verlängert werden. Nach der Meinung des Reichsfinanzministers, der kürzlich in seiner Besprechung mit den Beamtenorganisationen zur Frage des Sperrgesetzes Stellung nahm, hat das Gesetz in dem Augenblick keinen Sinn mehr, wenn die Länder wieder ihre finanzielle Selbständigkeit haben. Damit hat sich der Minister indirekt bereits für eine Verlängerung des Geltungsdauer ausgesprochen.

Das Befolgungs-Sperrgesetz ist durch den Finanzausgleich überflüssig geworden. Es ist Zeit, daß das durch die Entwicklung überholte Gesetz verschwindet.

Der Oberstaatsanwalt Dr. Ebermayer wird mit Erreichung der gesetzlichen Altersgrenze von 68 Jahren am 15. April d. J. aus dem Reichsdienst ausscheiden.

Das Mädchenhaar und das Massengrab.

Von Max Barthel.

Der Grenadier Karl Haas vom Regiment 124 fuhr an einem Frühlingsabend aus dem Urlaub in die Front zurück. Zehn Tage lang hatte er die Freiheit schöner Tage und Nächte erlebt, zehn Tage lang waren die kleinen Wolken am Himmel unschuldig und nicht Gemüß zerplagender Schrapnells, zehn lange Tage konnte man aufrecht durch die Straßen gehen. Kein Granatenerbsenbatteree donnerte in den Frieden; der Nebel vom Fluss war richtiger Nebel und kein Giftgas; die Menschen lebten menschlich in wohlgeordneten Zimmern mit Stühlen, Betten, Tischen, Bildern, Schränken und Teppichen. Es gab klares Wasser, helle Fensterheben, mehrende Gardinen, schöne Musik, Blumen, lachende Mädchen, ernste Frauen und spielende Kinder. Wie goldene Kugeln tanzten diese zehn Tage vorüber. Auch die Nächte waren voller Süße.

Am letzten Urlaubstage hatte der Soldat, als er am Fluss spazierte, ein Begräbnis erlebt. Der Friedhof lag nahe am Wasser, und Karl stieg, als die Gloden klotzten, nach den Gräbern, schloß sich unbewußt dem kleinen Zuge der Männer und Frauen an, die nach dem Grabe wandelten. Karl kannte den Toten nicht; er kannte nur den Tod, den Schlächterhand, den Schlächterhand und konnte es zuerst gar nicht fassen, daß eines einzigen Menschen wegen soviel Trauer sei, soviel Gloden gekläutet und soviel Kranze gebunden wurden. Der Tod in der Front war anders, herrischer, brutaler. Mit einem Schlage keulte er zwanzig und dreißig Menschen in den Unterständen zusammen, heute in weiberrantommenden Granaten, klapperte in den Maschinengewehren, zwischerte in den Postenschüssen, knallte in den Handgranaten, donnerte und blühte in den Minen und kam als Bombenerbsenbatteree, Lippus oder Giftgas.

Noch ehe die Männer und Frauen ihren Toten begraben hatten, verließ der Soldat die Trauergemeinde, lief wieder planlos nach dem Fluss zurück und dachte an das Leben, dachte an seine Geliebte. Das Mädchen, das ihn sehr liebte, war noch jung und hieß Elsa. Als nun der Abend kam und den letzten Kuh mit sich brachte, die letzte Umarmung und den allerletzten Seufzer, als die bittere Abschiedsstunde den zwei Menschen schlug, da weinte das Mädchen.

„Ach“, sagte sie, „wann kommst du wieder? Könnte ich dich festhalten! Könnte ich dich unfassbar mit dem Leben verbinden!“
Karl hatte, als das Mädchen so sagte, die Hand in ihrem Haar. Und als er die große Trauer der Geliebten sah und ihre Rede hörte, da suchte sein Mund, da suchte seine Hand und riß einige Haare aus der vollen Krone. Elsa schrie leise auf, aber Karl lachte. „Du kannst es“, sagte er, „du kannst mich an das Leben binden. Mit deinem Haar bindest du mich fest, bis ich wiederkomme! Und ich komme wieder zu dir. Ach komme.“
„Du kommst wieder“, sagte das Mädchen ganz befreit, „ja, und mit meinem Haar binde ich dich fest. An mich. An das Leben.“ —
An all das dachte der Grenadier, den der Zug durch die linde Nacht an die Front brachte. Am nächsten Tage war er in Frankreich. Die ersten zerhörsenen Häuser und Dörfer tauchten auf, armenfelle Trümmerhaufen, verwüstete Felder. Und an den Wegen und an den Dörfern lagen viele Gräber. Soldatengräber, deutsche und französische.

Das Regiment 124 lag in den Argonnen. Einen Tag, bevor Karl Haas in die Stellung kam, hatte das Bataillon gehört, der Kampf ging um die „Tote Tochter“, einen verdornten Höhenzug im Neursontal. Nun lag der kahle Höhenzug grau wie im grellen Licht, die Gräben waren eingeebnet, die Gräber für die Gefallenen waren schon geschaukelt. Karl Haas kam gerade nach zur rechten Zeit, um aus den zerhörsenen Unterständen und Sappen mit anderen Kameraden die Toten zu bergen und in Zeltbahnen in das Tal zu schleppen. Zweihundertsiebenzig Soldaten vom Bataillon wurden an dem einem Tage begraben.

Karl mußte, als er die Toten schleppte, an das Begräbnis in der Heimat denken, an die hilflose Trauer der kleinen Gemeinde, an die Gloden, an den schönen und friedlichen Tag, an die Kränze und an die vielen Blumen. Unbegreiflich schien ihm jetzt jenes Begräbnis, das so feierlich war wie das letzte Kapitel eines gelebten Romans. Dann sah er das Massengrab und die zweihundertsiebenzig Toten vor sich, die von den Maschinen des Krieges grauam zugerichtet und nur noch blutiges Fleisch, zerstückelte Glieder und eine einzige Mehalet waren. Kein das waren keine letzten Kapitel, das waren fragmentarische Anfänge, leidenschaftliche Liebesbriefe, schwärmerische und tragische Stützen und Gedichte in Prosa. Das war nicht zu Ende gelebtes Leben, das waren zerhörsene Blumengärten ohne Herbst und Reife.

Für die zweihundertsiebenzig Mann vom 124. Regiment wurde ein einziges Grab geschaukelt. Ein Massengrab. Da lagen sie nun, einer neben dem anderen, blutig vertranpft oder puppenhaft starr, eine wohlausgerichtete Reihe, damit der himmlische Feldwebel beim letzten Zippel seine Freude habe. Die Soldaten aber, die ihre Brüder begruben, hatten keine Freude daran.

Auch an diesem Grabe wurde gefungen. Es läuteten aber keine anderen Gloden als die einer fernen Schlacht bei Verdun. Karl Haas, vom schönen Leben in der Heimat an den Abgrund des Todes gestellt, wollte verzweifeln. Da erinnerte er sich, als die ersten Schollen dumpt auf die Toten fielen, daß er ja mit dem Leben unlosbar durch das Haar seiner Liebsten verbunden war. Und da jammerten ihn die Gefallenen, deren Mädchen umsonst auf Frieden und Heimkehr hofften. Damit aber die Toten ein letzter Gruß des Lebens berührt, die unerreichte Kette an die Quelle allen Daseins, an die Geliebten und die Frauen ihren kalten Leib streife, darum nahm der Grenadier Karl Haas das zarte Papier, zwischen dem das seidene Haar seiner Freundin ruhte, und ließ es in das Massengrab fallen, einige Strängen Lichtes vom ewigen Feuer der Welt.

Coheland-Gymnastik. Die Schule für Körperbildung, Landbau und Handwerk „Coheland“ in der Rhön, die seit kurzem auch in Berlin eine Gymnastikschule unterhält, gab vorige Woche im Blüthenersaal Proben ihrer Lehrweise (Rhoden-Songgaard) und ihrer Lehrerfolge. Das Ziel ist, die Körperbewegung frei und fließend zu machen und den SchülerInnen das Bewußtsein des Wesentlichen der Bewegung zu vermitteln. Nicht Tanz, sondern Gymnastik wird geübt. Senkrechte Haltung des Brustkorbes über dem Becken bildet die Grundlage. Der Körper wird gewöhnt, jede Bewegung zu motivieren und jede Bewegung deutlich auszuführen zu lassen. Er fühlt sich im Raume sozusagen zu Hause. So bildet sich

eine überaus reichhaltige Menge rein abstrakter Bewegungsformen, die nie spielerisch dekorativ oder schaukelpantomimisch wirken. Diese Bewegungsformen lassen sich zwanglos zu musikalischen Rhythmen in Beziehung setzen und es entstehen dann schlichte, aber sehr fruchtbare Ansätze zu längerischen Schöpfungen, die in der Durchführung um so sympathischer wirken, als bei ihnen jede eckelnde Aufmachung vermieden wird.

Typenhäuser gegen Wohnungsnot. Während bei uns wieder und immer wieder über die furchtbare Wohnungsnot debattiert wird und über Projekte zu ihrer Behebung, findet die einzige Methode zur schnellsten Wohnraumbeschaffung kaum die gebührende Beachtung: nämlich die Wohnherstellung aus typifizierten Häusern. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika ist sie längst durchgeführt. Mit dem Erfolg, daß nicht nur die Realwerte erheblich niedriger ist als bei uns, sondern auch der pro Kopf zur Verfügung stehende Wohnraum größer. So zahlt im allgemeinen der Bewohner des amerikanischen Typenhauses für einen Durchschnittswohnraum von 3 Zimmern nur rund 15 Proz. seines Lohnes, während der Anteil der Miete am Lohn für den deutschen Durchschnittsbürger schon jetzt, da wir den Friedensmietensatz noch nicht erreicht haben, mehr als das Doppelte beträgt. Uebrigens erhält man in Amerika für den genannten Betrag schon vielerorts ein Einfamilienhaus, besonders in den großen Industriestädten, während bei uns immer noch die Mietkaserne auch für Neubauten Trumpf ist. Der Einwand, Typenhäuser könnten nur von Großfirmen oder vom Staat mit Investierung gewaltiger Mittel gebaut werden, ist nicht stichhaltig. Es kommt lediglich darauf an, möglichst viele Grundbestandteile der Häuser: Türen, Fenster, Treppen, Holz- und Eisenträger, Dielen usw. zu normen und in Massenfabrikation herzustellen. Jeder Maurermeister ist dann imstande, das Wohnhaus unter Benützung dieser Materialien zu errichten, weil es sich im wesentlichen dann nur noch darum handelt, die Mauersteine einzufügen. In der Tat vollzieht sich der Häuserbau in den Vereinigten Staaten ähnlich: die meisten Baufirmen sind kleinen und mittleren Umfangs, genau wie in Deutschland. Sie können jedoch billig und schnell arbeiten, weil sie die Hauptmasse des Materials genormt einkaufen und unverarbeitet verwenden. Gemäß haben so hergestellte Bauten keinen Ewigkeitswert. Aber darauf kommt es auch nicht an. Die Hauptsache ist die praktische Bekämpfung der Wohnungsnot und dazu ist die amerikanische Baumethode — die gleichzeitig der Not entspringt — ganz gewiß geeignet.

Silencoper. In der Richard-Strauß-Sache, welche heute beginnt, wird der Restler persönlich über seine Werke dirigieren, und zwar am 23. die „Salome“, am 25. „Intermezzo“, am 27. „Ariadne auf Naxos“, und am 28. „Arau ohne Schatten“. Die „Salome“ und die „Ariadne“ in der „Arau ohne Schatten“ sind Barbara Kemp, als „Bachus“ in der „Ariadne auf Naxos“ wird Alfred Diecker von der Wiener Staatsoper antreten, der auch als „Cassiope“ in „Tosca“ am 1. März und als „Rigoletto“ am 8. März galizieren wird.

Im Verein für Deutsches Kunstgewerbe (S. 14) Dr. Theodor Heuss, W. A. R. über „Schatz, Straß und Kunst“. Der Vortrag findet im Hösische des alten Kunstgewerbe Museums, Ring-Albrecht-Str. 7 a, statt. Beginn pünktlich 8 Uhr abends.
Cungui Hardt (S. 17) und 28. Februar 8 Uhr in der Berliner Sektion. Einziges Auftreten in dieser Saison.

Der Fall Wulle - Kube - Ahlemann.

Ein Brief Grütze-Wehder an den Untersuchungsausschuss. Anklagen gegen Justizbeamte und völkische Politiker.

Der Fremde-Untersuchungsausschuss des Preussischen Landtages seht am Montag seine Verhandlungen zunächst in nichtöffentlicher Sitzung fort. Der Vorsitzende Abg. Göbel (Z.) gab einige Schreiben bekannt, die bei ihm eingegangen waren. Darunter befindet sich ein solches des bekannten Grütze-Wehder.

Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:
„Im Auftrage der Abgeordneten Wulle und Kube habe ich im November 1923 den Spittel Dammers erschossen, welcher im Begriff stand, einen vom Abgeordneten Ahlemann ausgegangenen Attentatsplan am preussischen Innenminister Severing für Geld zu verraten.“

Mit Beschluß vom 11. Dezember 1925 bin ich wegen politisch motivierten Mordes zu acht Jahren Gefängnis verurteilt worden. Die Anklage vor dem Schwurgericht vertrat erst der Staatsanwalt Dr. Jäger, welcher auch das Ermittlungsverfahren gegen den Abgeordneten Wulle und meine diesbezüglichen Vernehmungen leitete.

Ich habe den ganz bestimmten Eindruck, daß Oberstaatsanwalt Dr. Jäger die Schuld völkischer Abgeordneter ungern erwiesen sehen würde und er die Klarstellung vorzüglich hinterzieht.

Eine Rückfrage bei dem Justizministerium wird bestätigen, daß Oberstaatsanwalt Dr. Jäger vom Justizministerium zur Einleitung des jetzt schwebenden Ermittlungsverfahrens beantragt werden mußte, weil er von sich aus nicht gegen die Abgeordneten Wulle und Kube vorging, trotz der sehr belastenden Befundungen in der Verhandlung vom 11. Dezember 1925.

Während und vor der Verhandlung war von meinen Verteidigern wiederholt beantragt worden, völkische Abgeordnete vor Gericht zu laden, um die Frage der Begünstigung und Anstiftung zum Morde klarzustellen. Im Sinne des Oberstaatsanwalts und gegen meinen Willen ist die Ladung der Abgeordneten abgelehnt worden. So gab man den besonders schwer belasteten Abgeordneten Wulle, Kube und Ahlemann Zeit, ihre Rechtfertigung zu überlegen und in jeder Hinsicht vorzubereiten.

Auf meine Frage gab der unter Eid vernommene Zeuge Dr. Heing in Verhör zu, er wisse durch Dammers von dem Kistenrat, welches der Abgeordnete Ahlemann gegen den preussischen Innenminister Severing hat vorbereiten lassen. Angesichts solcher Befundung hat sich der Oberstaatsanwalt nicht veranlaßt gefühlt, den Zeugen über diese bedeutsame Angelegenheit weiter zu hören. Der Oberstaatsanwalt hat geschwiegen! Er hat nach dieser Richtung hin keinerlei Ermittlungen angestellt.

Dem Oberstaatsanwalt ist bekannt, daß die genannten Abgeordneten leblich durch unwahre oder zurückhaltende Aussagen gewisser Zeugen bisher geschützt blieben. Als ich jetzt mehrere Zeugen schriftlich ermahnte, die Wahrheit zu sagen und die Abgeordneten nicht länger durch Lügen zu schützen,

da versüßte Oberstaatsanwalt Dr. Jäger sofort die Zurückhaltung dieser Briefe!

Vor der Verhandlung ließ der Oberstaatsanwalt einen Rastler beschlagnahmen, dessen Inhalt die Abgeordneten Wulle, Kube und Ahlemann belastete. Diese Lastsache hat der Oberstaatsanwalt in der Hauptverhandlung verschwiegen. Ich habe den Verdacht, daß dieses Belastungsdokument verschwunden ist.

Der Oberstaatsanwalt sagt nämlich, das Schriftstück sei nicht mehr da, es sei vielleicht in Leipzig; was darin stünde, wisse er nicht. Ich teilte schon mit, daß die von mir der Anstiftung zum Morde bezichtigten Abgeordneten Wulle und Kube absichtlich nicht zur Verhandlung geladen wurden. Diese Unterlassung mottoliert der Oberstaatsanwalt jetzt damit, daß er sagt, ich hätte ja in der Verhandlung ausdrücklich erklärt, nicht „angestiftet“ worden zu sein; darauf könne er tausend Eide leisten! Das wären Reineide; denn auf die Frage des Oberstaatsanwalts, ob die Abgeordneten die Tat als eine politische gutheißen und wollten, habe ich erwidert: „So ist es!“ zehn Tageszeitungen haben Frage und Antwort genau so veröffentlicht.

Reine Verteidiger haben die Anstiftung durch Abgeordnete zum Ausgangspunkt ihrer Plädoyers gemacht, doch Oberstaatsanwalt Dr. Jäger will das Gegenteil behaupten. Meinem Empfinden nach sagt er das, um mich einzuschüchtern, mich so weit zu binden, daß ich die nachträgliche Fällung des Sachverhalts stillschweigend dulde.

Als in der Vernehmung vom 13. Februar ein solcher Versuch, mich zu beeinflussen, gescheitert war, sagte Herr Dr. Jäger: „Ach, was Sie ausfragen, kann mir ja auch ganz plepe sein; wer wird Ihnen denn glauben?“ Unter Leitung des Oberstaatsanwalts Dr. Jäger verspreche ich mir von dem Verfahren gegen den Abg. Wulle nichts. Es würde mich nicht wundern, wenn das Verfahren bei nächster Gelegenheit ganz eingestellt wird. Ich bitte den Untersuchungsausschuss, Vorstehendes als die Ursache der Resultatslosigkeit des Ermittlungsverfahrens unterbreiten zu dürfen. Keinesfalls will ich aus dieser Sache eine „Affäre“ machen, bei der ich eher Schaden als Nutzen zu gewärtigen hätte — sondern ich wünsche dem Rechtsausschuss das als Beitrag zu dem Ermittlungsgut über politische Morde ohne weiteres zu überreichen, um mich vielleicht später darauf berufen zu können, wenn die Mitschuld völkischer Abgeordneter auch an anderen Missetaten offenbar werden sollte.

Ganz ergebenst Robert Grütze-Wehder.

Der Ausschuss behielt sich eine Beschlußfassung über dieses Schreiben für spätere Zeit vor.

Das Arbeitsprogramm des Ausschusses.

Sodann trug der Berichterstatter, Abg. Kuttner (Soz.), den Inhalt der polizeilichen Ermittlungsakten im Falle Abg. Meyer (Dnat.)-Schulz vor. Diese Akten sind umfangreicher, als man nach der bisherigen Beweisaufnahme annehmen konnte und dürften wohl, wie uns aus parlamentarischen Kreisen versichert wird, Anlaß zu weiteren Beweisanträgen geben.

Abg. Kuttner (Soz.) trug noch einen Altenauszug über das „Konto für nationale Aufklärung“ aus der weiter zurückliegenden Zeit vor. Es ergab sich aus diesen Altenauszeichnungen, daß damals nur Einzahlungen von solchen Grundbesitzern stattgefunden haben, auf deren Gütern sich schwarze Reichswehr befand und daß nur Anzahlungen für den Oberleutnant Schulz erfolgt sind. Der Berichterstatter meinte, es handele sich bei den Grundbesitzern, die die Anzahlung geleistet haben, um deuschnational eingestellte Gutbesitzer. Er vertrat dann die Ansicht, daß es nicht notwendig sei, noch weitere Zeugen aus der Arbeitgebervereinerung zu hören. Dieser Auffassung traten die meisten nachfolgenden Redner bei.

Abg. Obuch (Komm.) hielt dann ein mehrstündiges Referat über die „Schwarze Reichswehr“, die Taten und die politischen Zusammenhänge. Er stellte weitgehende Beweisanträge in Aussicht und beantragte vorläufig, die Bezeugungen des Schulz zum früheren Reichsminister Schulze zu klären, sowie zum Reichslandbund, dem, wie er meint, die meisten deuschnationalen Abgeordneten angehörten.

Abg. Riedel (Dem.) beantragte eine Untersuchung darüber, ob die sog. Landvolk-Genossenschaften mit den Schwarzen-Reichswehr-Kommandos identisch seien

und ob Schulz deshalb von Abg. Meyer nicht ausdrücklich für diese Zwecke angestellt worden sei.

Den Anregungen des Abg. Riedel (Dem.) wurde stattgegeben. Der Abg. Obuch (Komm.) wird seinen erwähnten Antrag erst nach präziser Formulierung.

In einer öffentlichen Abend-sitzung in der nächsten Woche sollen noch einige Zeugen vernommen werden, unter anderen wird der Ausschuss auch nochmals die Zeugen Meyer und v. Zengen hören.

Zum Schluß erörterte der Ausschuss die Modalitäten, unter denen demnachst im Untersuchungsgefängnis Moabit der Oberleutnant Schulz und der Feldwebel Klapproth vernommen werden sollten.

Wilson's Friedensfühler im Januar 1916

Aus den Privatpapieren des Obersten House.

Das Verhältnis zwischen dem Präsidenten Wilson und dem Obersten House steht wohl in der Geschichte fast einzig da. Gewiß hat jeder Staatsmann mindestens einen persönlichen Vertrauten, der ihn freundschaftlich berät. Fast immer aber bekleidet ein solcher Vertrauensmann eine amtliche Stellung. Beim Obersten House lag der Fall infolgedessen eigentümlich, als er zwar jahrelang der intimste Freund und einflussreichste Berater des demokratischen Präsidenten war, ohne jedoch im amerikanischen Staatsdienst irgendeinen Posten zu bekleiden. In dieser äußerlichen Unabhängigkeit des Obersten House von der amerikanischen Staatsmaschinerie lag aber gerade seine besondere Stärke; er war eben der Vertraute Wilsons schlechthin und genoss infolgedessen nicht nur im eigenen Lande, sondern auch in Europa das stärkste Ansehen. In London hatte man dies besser erkannt als in Berlin. Bereits in den hochpolitischen Missionen, die House vor dem Krieg in Europa ausführte, trat diese unterschiedliche Einschätzung und Behandlung, namentlich zwischen London und Berlin, sehr deutlich zutage, wie sich später herausstellte, sehr zum Schaden Deutschlands. Die instinktive Abneigung eines Herrschers „von Gottes Gnaden“ gegen den Erwählten einer Volksabstimmung und seinen Vertrauensmann gehört zu den zahllosen diplomatischen Sünden des alten Regimes, die sich später so schwer gerächt haben.

Im Londoner Verlag Ernest Benn Ltd. sind dieser Tage zwei starke Bände von „Privatpapieren des Obersten House“ erschienen, die der Geschichtspräsident an der Universität Yale Charles Seymour im Auftrag von House herausgibt. Die Lektüre dieser Dokumente ist spannend und lehrreich. Wir lassen hier einige Auszüge aus dem Kapitel der Reise folgen, die House im Auftrage Wilsons im Januar 1916 nach Europa unternahm, um die Möglichkeiten einer amerikanischen Friedensvermittlung zu sondieren. House war zunächst in London, wo er sich etwa 10 Tage aufhielt und mit zahlreichen Persönlichkeiten Konferenzen hatte, über die er fortlaufend den Präsidenten unterrichtete. Seine Absicht, nach Berlin weiterzufahren, wurde vom Außenminister Edward Grew gutgeheißen, obgleich selbst der deutschfeindliche Botschafter Americas in London Bage davon abriet. Fast ohne Aufenthalt begab er sich über Paris, Gené und Basel nach Berlin. Am 26. Januar in der Frühe trifft House in Berlin ein und begibt sich zur amerikanischen Botschaft, wo er Quartier nimmt. Aus seinen Tagebuchnotizen über seine verschiedenen Unterredungen sei folgendes entnommen:

27. Januar 1916. Die wichtigsten Leute, die ich heute gesehen habe, waren von Gewinner von der Deutschen Bank und Solf, der Staatssekretär für die Kolonien, die beide zum Frühstück kamen. Solf ist der anständigste und weitherzigste aller amtlichen deutschen Persönlichkeiten, vor allem vermutlich, weil er einen großen Teil seines Lebens außerhalb Deutschlands verbracht hat. Er soete mir vertraulich, auch nicht zur Weitergabe an den Botschafter Gerard oder sonst wen, daß sich ein Gespräch entwickelte zwischen dem Kanzler (Bethmann Hollweg) einerseits und von Tirpitz und von Falkenhahn andererseits hinsichtlich des Unterseebootkrieges. Einweisen habe der Kanzler noch die Oberhand, aber Falkenhahn schwenke immer mehr auf Tirpitz' Seite ab und Solf sei über den Ausgang dieses Kampfes im Zweifel. Er

ersuchte mich dringend, daß ich mit dem Kanzler ebenso offen spreche wie mit ihm und daß ich ihn über die Gefahr eines Bruchs zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland unterrichte, für den Fall, daß Tirpitz' Ideen sich durchsetzen sollten.

Dann sprach ich mit von Swinner. Ich fand ihn einigermassen vernünftig, weit mehr als mich Gerard hatte erwarten lassen. Auch er wünscht den Frieden und gibt sich keinen Illusionen darüber hin, wie er erreicht werden könnte.

Der Staatssekretär von Jagow hat uns für Sonnabendabend zum Essen eingeladen. Aber wir lehnten ab, weil ich der Meinung bin, daß es das Beste ist, keine Einladungen außerhalb der Botschaft anzunehmen. Ich wünsche nicht, auf irgendeine Art mit Tirpitz zusammenzukommen, und das würde jenseits meines Einflusses liegen, wenn ich anderswo eingeladen wäre. Ich fühle, daß Tirpitz fast allein verantwortlich ist für Deutschlands Grausamkeiten auf dem Wasser.

Gerard erzählte mir heute von seinem Gespräch mit dem Kaiser. Der Kaiser billigte nicht die Versenkung der „Luftschiffe“ oder das Töten von Frauen und Kindern. Er war der Meinung, daß der U-Boot-Kommandant das nicht hätte tun dürfen. Er nimmt diesen Standpunkt zwar jetzt ein, aber er muß doch die Absicht der Versenkung wohl im Voraus gefaßt haben. Er war zu Beginn seines Gesprächs mit Gerard sehr kriegerisch, doch wurde er vernünftiger, je mehr die Diskussion fortschritt.

Der Kaiser sprach vom Frieden, wie und durch wen er gemacht werden sollte. Er erklärte: „Ich und meine Vetter Georg und Nikolaus werden den Frieden machen, wenn die Zeit dazu reif ist.“ Gerard sagt, daß, wenn man ihn reden hört, man glauben würde, daß das deutsche, das englische und das russische Volk nur lauter Bauern auf einem Schachbrett wären. Der Kaiser gab zu verstehen, daß gewöhnliche Demokratien wie Frankreich und die Vereinigten Staaten niemals einen Anteil an einer solchen Friedenskonferenz haben dürften. Seine ganze Haltung ließ darauf schließen, daß der Krieg ein königlicher Sport sei, der eingeleitet werde durch erbliche Monarchen und nach deren Willen beendet werde.

Der Kaiser sagte Gerard, er wisse, daß Deutschland in seinem Rechte sei, denn Solf sei auf seiner Seite; und Goff würde nicht auf Deutschlands Seite sein, wenn es im Unrecht wäre; und es wäre eben, weil Gott auf Deutschlands Seite sei, daß die Deutschen imstande gewesen wären, ihre Siege zu erlangen.

Ich fragte Gerard, ob der Kaiser verrückt sei oder ob er lediglich postiere. . . Ich frage mich erstaunt, wie lange ein Teil der Erde fortfahren wird, sich von solchen Herrschern regieren zu lassen.

Logischerweise müßte jetzt Wilhelm in Doorn davon überzeugt sein, daß Deutschland im Unrecht gewesen sei, da es schließlich von Gott verlassen wurde, der doch sonst niemals Deutschlands Niederlage zugelassen hätte. Denn Wilhelm ist doch bekanntlich, auch nach dem Zeugnis seiner intimsten Getreuen, wie des Potsdamer „Hofpredigers“ Vogel, frommer und bibelbesessener denn je. Aber seltsamerweise ist Wilhelm nach wie vor von der Güte seiner Sache durchdrungen. Seine Art, mit „Gott“ in allen Lebenslagen zu operieren, mit dem Argument „Gott“ so umzuspringen, wie es den jeweiligen Verhältnissen entspricht, in Sieg und in Niederlage, auf dem Thron und im Exil ist in Wirklichkeit nichts anderes als eine einzige Gotteslästerung.

Die Abgg. Obuch (Komm.) und Riedel (Dem.) stellten in Aussicht, daß sie nach Erzielung der Angelegenheit Meyer-v. Zengen-Schulz eine Anzahl weiterer Beweisanträge über die politischen Beziehungen vorlegen würden.

Hierauf vertagte sich der Ausschuss auf unbestimmte Zeit.

Beschwerdestellen.

Ein Erlaß des preussischen Innenministers.

Das preussische Innenministerium hat einen Erlaß herausgegeben, der die Beamten erlucht, Beschwerden direkt an das Ministerium und den Minister zu richten, und nicht an Beschwerdestellen. Das Recht der Beamten, sich an Abgeordnete zu wenden, wird dadurch selbstverständlich nicht berührt.

Der Erlaß — weit entfernt davon, Beschwerden von Beamten unterbinden zu wollen — soll eine rasche Erledigung berechtigter Beschwerden bewirken. Den Anlaß dazu hat eine Reihe von Vorgängen gegeben, in denen rechtsstehende Kreise eine Hege gegen republikanische Beamte zu inszenieren suchten. Die Methode des Regierungsrats von Bache, der die Beamten aufforderte, Material über Korruption und Amismiss auch republikanischer Beamter beizubringen, ist noch im Gedächtnis. In Hörde hat der frühere Landrat des Kreises eine „Beschwerdestelle“ aufgetan. Ihr Zweck ist, den neuen Landrat durch Beamte beobachten zu lassen und Material gegen ihn zu sammeln. Die Beamten sollen durch diese Beschwerdestelle geradezu zu Spitzeln gemacht werden. Der Erlaß des preussischen Innenministers richtet sich gegen diesen Unfug, er war eine höchst notwendige Maßnahme.

Auffschneiden.

Kommunistische Nullenfabrikation.

Die kommunistische Presse berichtet am Montag in fetten Lettern und großer Aufmachung über den Kölner „Roten Tag“, der am Sonntag unter riesiger Beteiligung stattgefunden haben soll. In einzelnen kommunistischen Blättern wird von 40 000 bis 50 000 Demonstranten, in anderen sogar von 90 000 Teilnehmern gesprochen. Es muß festgestellt werden, daß diese Zahlen maßlos übertrieben sind. Noch sehr vorstichtige amtliche Schätzungen, die sich mit den Angaben unseres Kölner Berichters durchaus decken, betrug die Zahl der aus ganz Rheinland-Westfalen nach Köln zu dieser Kundgebung zusammengeströmten roten Frontkämpfer 8 600 bis 9 000 Mann. Mit ihrer alles Maß übersteigenden Aufschneiderei schaden sich die Kommunisten selbst am meisten. Die Kölner bürgerliche Presse spottet am Montag über die geringe Beteiligung und gibt der ganzen Veranstaltung das Prädikat „sehr mäßig“.

Kundgebung für deutsche Geisteskultur.

Eine Rede des Reichskanzlers.

Das Schuytariell deutscher Geistesarbeiter veranstaltete am gestrigen Montagabend im Plenarsaal des Reichstages eine Kundgebung für deutsche Geisteskultur. Der Vorsitzende Dr. Otto Everling, Nikolaussee eröffnete die Kundgebung und begrüßte zunächst den Reichskanzler Dr. Luther sowie die Gäste, unter denen man den Reichsminister Schulz, den Vizepräsidenten des Reichstaats Prof. Dr. Rieker und Geheimrat Prof. Dr.

Rahl bemerkte. Dr. Everling sprach über das Thema: „Aus dem Lager der Deutschen Geistesarbeiter“. Universitätsprofessor Dr. Karo-Halle sprach dann über „Die deutsche Geistesarbeit im Ausland“. Hierauf nahm Reichskanzler Dr. Luther das Wort, der darauf hinarbeitete, daß die Arbeit nach der kulturellen Seite hin vielfach durch die Not der Zeit beeinträchtigt werde. Er betonte dann, daß zwar das Fehlen des wissenschaftlich gebildeten Mittelstandes keineswegs ein Fehlen der Kultur schlechthin bedeute. Das Fehlen von Kulturwerten ist in den breiten Volksschichten genau so vorhanden wie in anderen, ja, vielleicht noch lebhafter. Aber der leitende Kulturbeamte fühlt doch, daß dort, wo ein Mangel an Mittelstand vorhanden ist, auch der eigentliche befruchtende Kulturstrom fehlt.

Der Reichskanzler Dr. Luther gab dann die Versicherung ab, daß vom Reiche, auch wenn die Sorge für die deutsche Kultur im allgemeinen Aufgabe der Länder sei, alles geschehen werde, um die Kultur in ihren Aufgaben zu unterstützen.

„Die Justiz.“

Die Zeitschrift des Republikanischen Richterbundes.

Die dritte Nummer der so zeitgemäß entstandenen Zeitschrift „Zur Erneuerung des deutschen Rechtswesens“ gelangt zur Ausgabe in einem Augenblick, wo im preussischen Landtage und im Reichstage zwischen Justiz und Volk die heftigste Fehde ausgefochten wird. Dieser Kampf ums wahre Recht, nicht um das Recht, für dessen legitimen Träger sich das deutsche Richtertum allein hält, findet in den Seiten der Zeitschrift seinen stärksten Widerhall. Hatte in der zweiten Nummer, Genosse Prof. Dr. Radbruch die Stellung der „Deutschen Juristenzeitung“ zur Erneuerung Kroners zum Oberverwaltungsgerichtsrat einer gründlichen Kritik unterzogen, so setzt sich in der dritten Nummer der Rechtsanwalt Ernst Buchs mit der „Deutschen Richterzeitung“ auseinander und findet gebührende Worte für deren Veruche, die Schar der Mitarbeiter der „Justiz“ zu spalten. Man kann wohl sagen: die Zeitschrift sorgt vorzüglich für die Regierung der Atmosphäre in der deutschen Rechtsprechung; sie zwingt, Farbe zu bekennen für oder gegen die Republik.

Besprechenswert sind die Ausführungen Dr. Heinz Rothhofs über „Die rechtliche Stellung des Streiks“. Neuherr geistvoll sind die Auslassungen des Rechtsanwalts Dr. Robert Theilhaber über die „Wertung des Menschen im Recht“. In ein paar Worten zusammengefaßt gipfelt sie in folgendem: „Ueber der Sache steht der Mensch, wichtiger und heiliger als das Eigentum ist die Arbeitskraft, bedeutungsvoller für den Staat als das einseitige Wohlergehen der Gläubiger ist das allgemeine Wohlfühlen der Bürger. Zunächst ist der lebende, lebende, arbeitende Mensch zu werten, dann erst sein Vermögen und dieses erst als Ausfluß und Grundlage der Person.“

Ueber den Münchener Dolchstoßprozeß stellt einer seiner Sachverständigen, der Amtsgerichtsrat a. D. Dr. Ludwig Herz interessante Betrachtungen an. Der Rechtsanwalt Dr. Ludwig Bendig versucht die „Irrationalen Kräfte der strafrechtlichen Urteilsfähigkeit“ aufzudecken. Der Oberverwaltungsgerichtsrat Wilhelm Kroner rechnet scharf mit der Justizreaktion ab. Genosse, Rechtsanwalt Alfred Oborniker erwidert treffend einem der Besucher im Prozesse gegen den völkischen Jüngling Rehnig, der den Reichsbannermann Schulz erschossen hat. Bei dieser Gelegenheit erfährt die Öffentlichkeit eine Kleinigkeit, von der sie bis zum Augenblick keine Ahnung hatte. Es stellt sich nämlich heraus, daß dem Wiking-Jüngling Rehnig, trotzdem er selbst in seiner Welle behauptet hat, daß der Schulz ihm etwas getan hätte, am Tage des Urteils durch Beschluß des Gerichts eine Entschädigung für unschuldig erlittene Unterwerfungshaft zuerbilligt worden ist.

Gewerkschaftsbewegung

Der Reichsmanteltarif für Gemeindebetriebe.

Verlängerung bis zum 31. März 1927.

Der Reichsarbeitsgeberverband deutscher Gemeinden unterhält natürlich auch eine Geschäftsstelle. Und wie es bei diesen Geschäftsstellen mit ihren Syndikali oder Geschäftsführern nun einmal so geht, halten diese Herren just in der Wirtschaftskrise die günstigste Gelegenheit für gekommen, sich durch Scharfmacherei ins rechte Licht zu setzen, ihre besonderen Fähigkeiten wie ihre Unentbehrlichkeit zu erweisen. Der Entwurf eines neuen Manteltarifvertrags, wie ihn die genannte Geschäftsstelle herausbrachte, ließ in dieser Beziehung nichts zu wünschen übrig. Zunächst sollten aus dem Geltungsbereich des Manteltarifs eine Reihe von Gemeindeunternehmungen ausfallen, in denen die Gemeindeverwaltungen Herr im Hause sein wollten.

Die Arbeitszeit sollte zwar nach wie vor durchschnittlich acht Stunden betragen, doch sollte jeder Bezirksarbeitsgeberverband sie ganz oder teilweise bis zu der in § 9 Absatz 1 der Arbeitszeitverordnung vorgesehenen Grenze, d. h. bis zu 10 Stunden täglich, verlängern können, sobald er entdeckte, daß wirtschaftliche Bedürfnisse es erfordern. Die Arbeitszeit an Einzeltagen sollte der Arbeitgeber ganz nach den Bedürfnissen der Betriebe im Rahmen des Zehnstundentages lösen. Für Wechselarbeiter sollte ein Dreiwochendurchschnitt von 168 Stunden, mithin 56 Stunden wöchentlich, nicht überschritten werden. Die Sonntagsruhe sollte gelockert, der frühere Arbeitsfluß an den Vorkabenden der hohen Feste befestigt werden. Die Vergütung für Bereitschaftsdienst sollte herabgeschraubt und ein Ueberstundenzuschlag erst von der 61. Stunde ab bezahlt werden. Der Urlaub sollte gekürzt, die sozialen Leistungen herabgedrückt, kurzum, es sollte abgebaut werden.

Allein es kam anders, als es diese Köche auf der Speiskarte vorgegeben hatten. Bei den

Verhandlungen am 18. und 19. Februar in Goslar

diente der bisherige Manteltarifvertrag, womit der nette Entwurf von vornherein schon erledigt war. Nach 1 1/2-tägigen Verhandlungen kam es zu einer Verständigung.

Der Reichsmanteltarifvertrag vom Jahre 1925 wird bis zum 31. März 1927 verlängert. Die geltenden Arbeitszeitbestimmungen können vor diesem Zeitpunkt nicht geändert werden. Der Krankenlohn wird von 80 auf 90 Proz. erhöht. Ueber die noch strittigen Punkte, die die Zuschläge zur Sonntagsarbeit betreffen, die Urlaubsbedingungen und die Bezahlung der Wochenfeiertage wird noch verhandelt werden.

Bis zum 27. Februar müssen die Verbandsvorstände sich entschieden haben, ob sie diesen Vereinbarungen zustimmen, was höchstwahrscheinlich geschehen wird.

Ogleich die Verwerfung des unmöglichen Entwurfs an sich kein besonderer Erfolg sein mag, so darf die gelungene Abwehr der ernstlich beabsichtigten Verschlechterungen des bisherigen Manteltarifs immerhin als ein Erfolg der Organisation gewertet werden.

Konflikt im Buchdruckgewerbe.

Die im Deutschen Buchdruckerverein zusammengeschlossenen Buch- und Zeitungsdruckereibesitzer hatten den Reichstarif für die Hilfsarbeiter gekündigt, mit der Absicht, ihn zu beseitigen, da er angeblich „ganz ungeeignete Verhältnisse“ geschaffen haben soll. Nach längeren Verhandlungen vor dem Zentralschiedsamt am 16. Februar gaben die Vertreter der Unternehmer

ihre Absicht auf, den Reichstarif ganz zu beseitigen. Sie stellten aber Anträge, die im wesentlichen dahin gingen, den Tariflohn um mehr als 20 Proz. abzubauen und bei den Ferien bedeutende Abstriche zu machen.

Die Arbeitervertreter dagegen verlangten eine mäßige Erhöhung der Tarifprozente und Gleichstellung der Ferien mit den Gehilfen.

Das Zentralschiedsamt fällt folgenden Schiedspruch: Der bestehende Reichstarifvertrag wird bis zum 31. Mai 1926 verlängert. Erklärungsfrist bis 18. Februar 1926, abends 6 Uhr. Die Verhandlungskommission der Arbeiter nehmen nach längerer Beratung den Schiedspruch an. Da ihn die Unternehmer jedoch abgelehnt haben, ist die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches beantragt worden. Die Verbindlichkeitsverhandlungen finden am Mittwoch im Reichsarbeitsministerium statt.

Die Reichsbahn übergeht die Organisationen.

Die Reichsbahngesellschaft hat, entsprechend ihrer Ankündigung, jetzt von sich aus die Ortslohnzulagen neu festgesetzt. Dadurch ist in einer Anzahl von Orten eine geringe Lohnerhöhung eingetreten. Die Organisationen der Eisenbahner haben in einem Schreiben gegen das eigenmächtige Vorgehen der Reichsbahngesellschaft protestiert und gefordert, daß die Festsetzung der Ortslohnzulagen nur auf Grund des Schiedspruchs stattfindet.

Bereits bei der Ankündigung der Verwaltung, von sich aus die Ortslohnzulagen nachzuprüfen, haben wir auf das demagogische Spiel hingewiesen, das sich darin befindet, den Eisenbahner die Ein- und Zweipennig-Lohnzulage vorzuenthalten und statt dessen einen Teil der ihr in dem Schiedspruch auferlegten Verpflichtung zu erfüllen, jedoch unter Verletzung des Schiedspruches auch in diesem Teil, durch Umgehung der Eisenbahnerverbände.

Aus den Deutschen Kraftfahrzeugwerken.

Es ist nichts mit dem Einheitskomitee!

Am 19. Februar tagte eine Betriebsversammlung der Werksbeurlaubten aus den Deutschen Kraftfahrzeugwerken. Der Vorsitzende des Betriebsrats Bahny berichtete über die Verhandlungen mit der Werkleitung betriebswiedereröffnung des Betriebes. Die Zusage derselben, daß der Betrieb spätestens am 1. März eröffnet werden sollte, wird nicht in Erfüllung gehen. Wenn auch in einzelnen Abteilungen bereits Vorarbeiten für die Wiedereröffnung getroffen werden, so ist leider damit zu rechnen, daß die vollständige Inbetriebnahme wahrscheinlich erst Ende März erfolgen dürfte. Inwieweit für die davon Betroffenen aus dieser Tatsache Regressansprüche geltend gemacht werden könnten, muß erst noch näher untersucht werden.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung hatten die Kommunisten beantragt, die Frage der Fürtenabfindung und damit Wahl eines Einheitskomitees auf die Tagesordnung zu setzen. Sie hatten sich zur Durchführung dieser Absicht extra einen Vertreter aus der Münzstraße verschrieben. Derselbe erledigte sich seiner Aufgabe recht und schlecht, seinen Fähigkeiten entsprechend. Als nun über die Kommunisten in Anschlag daran die Wahl eines Einheitskomitees verlangt, stellte ein Kollege den Antrag, diese Frage doch den politischen Parteien zu überlassen, da die Betriebsversammlung andere Aufgaben zu erfüllen habe. Bei der Abstimmung stimmten für das Einheitskomitee knapp 100 Mann, während im Saal noch reichlich 1000 Kollegen anwesend waren. Die langen Gesichter der Kommunisten ob dieser Absfuhr war ergötlich anzusehen, sie verlangten Wiederholung der Abstimmung, jedoch wurde ihnen aus der Versammlung bedeutet, daß die Belegschaft von den kommunistischen Tiraden schon gerade genug Schaden gehabt hat. Die Belegschaft hat jedenfalls erkannt, daß nur durch eine zielbewusste Gewerkschaftsarbeit eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft zu erreichen ist.

Panzerzüge gegen hungrige Eisenbahner.

Wozu die Reichsbahn Geld hat.

München, 22. Februar. (Eigener Bericht.) Wiederholt hat man beim Eisenbahn-Ausbesserungswerk Weiden versucht, Panzerzüge herstellen zu lassen. Diese Versuche scheiterten immer an dem Willen der Arbeiter, die es ablehnten, Eisenbahnzüge zu panzern. Wie uns mitgeteilt wird, hat man neuerdings wieder den Versuch unternommen, Panzerzüge herzustellen. In der Kesselschmiede werden bereits Panzerplatten hergestellt und die Züge, die gepanzert werden sollen, sind bereitgestellt. Um die Arbeiten durchführen zu können, hat sich das U.W. einen Werkmeister aus Regensburg geholt.

Die Frage ist nur, ob sich die Arbeiterschaft mißbrauchen läßt, Waffen gegen sich selbst herzustellen. Die Panzerwagen sollen angeblich beim Bahnschutz Verwendung finden. Die Reichsbahngesellschaft will also zu den vielen Millionen, die sie bereits für Bahnschutz, technische Nothilfe und Streikbrecherorganisationen verausgabt hat, weitere Riesensummen hinauswerfen, alles nur, um die Arbeiter und Beamten niederknuppeln zu können. Ein Beweis, daß sie deren Notlage kennt. Anstatt aber die Notlage zu mildern oder wenigstens den verbindlich erklärten Schiedspruch, der nur 11 Mill. Mark Kosten verursachen würde, durchzuführen, wirt sie weitere Millionen hinaus, ohne etwas Produktives zu leisten.

Offenbar ist die Reichsbahngesellschaft selbst überzeugt, daß der Hunger der Arbeiter nur bis zu einem gewissen Grade erträglich ist und daß der sich angesammelte Groll einmal spontan zum Ausdruck kommt und schlimme Folgen haben wird. Die Reichsbahngesellschaft ist offenbar der Meinung, daß sie in der Lage ist, wenn die Arbeiter einmal streiken, diese mit Panzerwagen zur Arbeit zu zwingen.

Diese Rechnung wird nicht ganz stimmen. Wer von den Eisenbahnern unter solchen Umständen noch nicht sieht, wohin die Reise geht, dem wäre wähehlich nicht mehr zu helfen. Admt es sich die Reichsbahngesellschaft, wenn die Eisenbahner geschlossen wären, erlauben, Mittel für derartige Zwecke auszugeben? Sicher nicht. Es ist deshalb der Zusammenschluß aller Eisenbahner dringend notwendig und wir rufen allen zu: Organisiert Euch, ehe es zu spät ist. Helft mit, daß die Anschläge, die die Reichsbahngesellschaft gegen ihr Personal plant, zuhanden werden.

Jugendgruppe des JdK. Heute, Dienstag, 7 1/2 Uhr, im Jugendheim des Ortsbezirks Belle-Alliance-Str. 710 Sitzung der Jugendleitung und Arbeitsgemeinschaft der Jugendfunktionäre. Sandolescher Paul Kossle spricht über das Thema: „Die kaufmännische Jugend und ihr Beruf“. — Mittwoch, 7 1/2 Uhr: Gruppe Völkerverbund: Jugendheim Schule Gohlstr. 11. Vortrag: „Der Bauernkrieg“. Referent: Dr. Max Schütte, Gruppe Reichswehr: Jugendheim Rosenthal, 11. Auslandsabend über „Jugend und Arbeiterrecht“. Referent: Erwin Dünkel. Gruppe Charlottenburg: Jugendheim Köpenicker, 4. Vortrag: „Bedeutung einer Gewerkschafts-Internationale“. Referent: Bruno Lohr.

Geographisches Gemisch. Der „Kämpfer“ Nr. 2 des neuen Jahresausgaben ist erschienen und ab heute bei Hennings, Warenheimstr. 41, abholbar. Wir bitten unsere Funktionäre, in allen Betrieben für Abholung und Verteilung Sorge zu tragen.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten H.-G., Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabenden von 9-3 Uhr und 5-7 Uhr, Sonnabends von 9-1 Uhr geöffnet.

(Gewerkschaftliches siehe auch 2. Beilage.)

Verantwortlich für Politik: Ernst Krüger; Wirtschaft: Wenzel Salernus; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Kulturelle: Dr. John Schilowski; Polizei und Gendarmen: Fritz Kersch; Wissenschaft: H. Gode; Literatur: in Berlin: Helmut Bernhart; Berlin G. m. b. H. Berlin; Land: Hermann-Pudenz; und Berlin: Paul Sinner u. Co. Berlin; U. G. Einbezug: 2. Hieran 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen“.

Unsere Modellschuhe Ausstellung ist eröffnet!

Trotteur aus Ledergeflecht, mit Bandgarnitur, schwarz u. farbig 3⁵⁰

Trotteur aus Tagalpicot, mit feiner Bandgarnitur, hinten aufgeschlagen, schwarz u. farbig 10²⁵

Trotteur aus Tagalpicot, mit Bandgarnitur 9⁵⁰

Frauenhut aus Ledergeflecht, mit feiner Bandgarnitur... 5⁵⁰

Trotteur aus Tagalpicot, mit Bandgarnitur... 9⁵⁰

Trotteur aus Tagalpicot, mit Bandgarnitur und Agraße, schwarz und farbig 11⁷⁵

Bretonne aus Tagalpicot, mit Bandgarnitur 11⁵⁰

Trotteur aus Tagalpicot, mit feiner Bandgarnitur... 11⁷⁵

Frauenhut aus Ledergeflecht, mit Bandgarnitur 4⁹⁰

Damen-Strümpfe
Mako oder Seidenflor 95 Pr.
verschiedene gute Qualitäten.....
Prima Seidenflor 175
mit 8-facher Sohle.....
Prima Kunstseide mit Doppel-
seide, in allen modernen u. Ballfabri-
kformen u. Naht, in allen modernen u. Ballfabri-
kformen..... 195
Waschkunstseide
sogenannte Dauersolde..... 295

Damen-Spangenschuhe
und Pumps, in braun,
schwarz u. mod. schöne Form
Paar 12⁵⁰

Braune Damen-Spangenschuhe
Original Wiener Fabrikat,
schöne moderne Form
15⁵⁰

Damen-Stoff- u. Lederhandschuhe
Trikot mit Aufsatz, farbig, 2 Druckknöpfe..... 95 Pr.
Reine Seide m. verstärk. Finger-
spitzen, farbig und weiss, 2 Druckknöpfe
farbig und weiss, 2 Druck-
knöpfe..... 195
Glacé knöpfe..... 275
Nappa-Stepper 2 Druckknöpfe 390

HERMANN TIETZ

Bahnhofstadt Berlin



Mit der Errichtung des Fremdenverkehrsbureaus in der Friedrich-Ebert-Straße hat sich die Stadt Berlin einen neuen Wirkungsbereich geschaffen. Die unauflösbare Zunahme des Fremdenverkehrs lenkt aber unwillkürlich den Blick auf eine Tatsache, die den Berliner Einwohner weniger interessiert, an der aber der auswärtige Besucher oder der durchreisende Fremde stärkeres Interesse nimmt. Für jede Himmelsrichtung haben wir einen besonderen Fernbahnhof. Die Reichshauptstadt zeigt damit, daß ihre Verkehrsverhältnisse auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens nicht gerade günstig liegen. Was aber in anderen Städten mit der Anlage der Zentralbahnhöfe möglich war, hätte in Berlin erst recht möglich sein müssen. Jetzt haben wir den Zustand, daß man z. B. Köln nicht nur mit den Fernzügen der Stadtbahn, sondern auch vom Potsdamer und Lehrter Bahnhof erreichen kann. Die Strecken einiger Bahnen, die heute in Berlin verschiedene Zielpunkte haben, laufen aber so dicht nebeneinander her, daß sie sehr gut zu einem Abfahrtsbahnhof zusammengeschlossen werden könnten. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen muß der Durchreisende immer noch den mühseligen Weg von einem Bahnhof zum anderen auf sich nehmen, und es kann passieren, daß durch das langsame Vorkommen der Straßenbahn der Anschlusszug verpaßt wird. Früher hatte man die stille Hoffnung, daß das Tempelhofer Feld doch einmal die große Berliner Zentralbahnhof beherbergen würde, die fortschreitende Bebauung mit Wohnhäusern und die Anlage des Flughafens haben aber dieser Hoffnung ein Ende bereitet. Berlin wird also weiterhin die Stadt der zehn Fernbahnhöfe bleiben.

Die Fernbahnhöfe.

Die Bahnhöfe sind im Rahmen ihrer näheren, bisweilen auch weiteren Umgebung tanangebend für das ganze Straßenbild. Die Straßen in ihrer Nähe sind nach den Orten benannt, die von den

Bahnhöfen erreicht werden. Die zahlreichen Hotels bei den Bahnhöfen haben ihre Namen dem gleichen Register entnommen. Auch der Fuhrwerkverkehr deutet zu gewissen Tageszeiten auf die Nähe eines Bahnhofs hin. Da Berlin täglich etwa 150 Fernzüge verläßt und die gleiche Zahl auch wieder hier eintrifft, ist dieses leicht zu erklären. In den Stunden der hauptsächlichsten Abfahrts- und Anfahrtszeiten ist die Zahl der die angrenzenden Straßen durchziehenden Autos bei weitem höher als zu den übrigen Tageszeiten. Die Straßenbahnen sind mit Reisenden, die Koffer, Körbe und Taschen mit sich führen, so stark besetzt, daß sie für die übrigen Fahrgäste in den Zeiten des Berufsverkehrs leider nur zu häufig sehr lästig empfunden werden, um so mehr, als die Straßenbahngefiltschaft erst in der letzten Zeit zwei Linien eingerichtet hat, die die Bahnhöfe untereinander verbinden. In den meisten Städten empfängt den ankommenden Reisenden auf dem Bahnhof ein Bild, das häufig maßgebend für den Gesamteindruck von der ganzen Stadt ist. Neben den schönen, weiten und hellen Bahnhofshallen sieht der Reisende in der Regel vor dem Bahnhof einen großen freien Platz. In Berlin hat der Ankommende dagegen fast überall nicht nur auf dem Bahnhof selbst, sondern vor allem vor dem Bahnhof wahrlich nicht das schönste Bild. Der Schließende Bahnhof wird sich ja nun bald, wenigstens zur Hälfte, im neuen Gewande präsentieren; bisher wirkte er aber in seiner düstern Schmutzigkeit ziemlich abschreckend. Auch die umliegenden Straßen wirken nicht gerade erhebend. Ein einigermaßen annehmbares Bild bietet sich eigentlich nur am Potsdamer und Anhalter Bahnhof, allenfalls auch noch am Lehrter. Die beiden ersten — architektonisch die schönsten Berliner Bahnhöfe — wirken auch in ihrer von den übrigen wohlwollend abtönenden Sauberkeit etwas günstiger. Auch der Eindruck beim Verlassen dieser Bahnhöfe ist für die Stadt nicht der ungünstigste. Dem vom Westen Ankommenden bietet sich dagegen auf dem Fernbahnhof Charlottenburg das Bild eines als Provisorium hergestellten Provisorienbahnhofs. Der neue Bahnhof Friedrichstraße macht eine lobenswerte Ausnahme, die sich aber nur auf den Bahnhof selbst beschränkt.



Der alte, völlig ungenügende Bahnhof Charlottenburg.

Für den Verkehr der Stadt- und Ringbahn sind 38 Bahnhöfe vorhanden. Außerdem ist durch die Schaffung der Gemeinde Groß-Berlin die Zahl von den früher zu den Vororten zu zählenden Bahnhöfen um etwa 50 erhöht worden, so daß das jetzige Berlin insgesamt etwa 100 Bahnhöfe enthält. Auf den Gleisen der Stadtbahn (Lokalverkehr) eilen täglich in jeder Richtung etwa 350 Züge durch die Stadt. Ueber die Ringbahn verkehren täglich auf beiden Seiten je etwa 150 Züge, dazu kommen dann noch die Vorortzüge, deren Zahl mit täglich etwa 450 ankommenden und abfahrenden als nicht zu niedrig angesehen werden kann.

Die Güterbahnhöfe.

Entsprechend der Stellung Berlins als Zentralpunkt für Industrie und Handel hat es einen gewaltigen Güterverkehr. Jeder Eisenbahnzug durchfährt, bevor er Berlin erreicht, riesige Güterbahnhöfe. Nicht nur jeder der sogenannten Sackbahnhöfe hat seinen besonderen Güterbahnhof, sondern auch auf den Ringbahnstrecken am Rande der Stadt sind solche in gewaltiger Ausdehnung zu



Der architektonisch schöne Anhalter Bahnhof.

finden. Dazu kommen noch die großen Verschlebebahnhöfe wie Wassermarkt und Seddin. Die Zahl der Güterzüge, die täglich in und um Berlin verkehren, ist gewaltig. Täglich kommen etwa 120 Ferngüterzüge an und 120 fahren ab. Der Verkehr zur Verbindung der weiter draußen liegenden Verschlebebahnhöfe mit den Innenbahnhöfen sowie zur Verbindung dieser Bahnhöfe untereinander beläuft sich auf etwa 300 Züge pro Tag und Richtung.

Der gesamte Eisenbahnverkehr innerhalb Berlins und in seiner nächsten Umgebung erreicht also jeden Tag die respektable Höhe von rund 1500 Zügen in jeder Richtung, also etwa ein Zug in jeder Minute. Diese Zahl ist ohne Ueberhebung als gewaltig zu bezeichnen. Und wenn berücksichtigt wird, daß sich dieser große Betrieb auf einem verhältnismäßig kurzen Vielfachweg abwickelt, kann man die Bedeutung Berlins als Zentralpunkt des deutschen Eisenbahnverkehrs ermessen. Im Rahmen des ganzen Eisenbahndirektionsbezirks Berlin liegen etwa nur 800 Kilometer Gleise, davon etwa 500 für den Stadt-, Ring- und Vorortverkehr. Die übrigen Gleise auf den Güterbahnhöfen betragen in ihrer Gesamtlänge allerdings noch ein Vielfaches. Sie sind aber nicht zu den eigentlichen Verkehrswegen zu zählen.

Onkel Moses.

Roman von Schalom Uch.

Vor allem sorgte er dafür, daß Maschas Vater eine größere Wohnung bezog, daß Mascha selbst eine reiche Bildung bekam und viel ausging. Am Sabbat und am Sonntag kam Onkel Moses zu Aaron Meisik zu Besuch. Zur größten Bewunderung aller seiner Leute begann Onkel Moses in der letzten Zeit eitel zu werden. Je größer und reifer Mascha wurde, desto sorgfältiger färbte sich Onkel Moses das Haar; er rasierte sich peinlich sauber, kleidete sich jugendlich und begann sogar Parfümduft zu verbreiten; all dies hatte bisher niemand an Onkel Moses bemerkt. Die Dual, welche es Onkel Moses bereitete, wieder jung zu werden, rief bei allen, die es sahen, Mitleid für ihn hervor. Hinter seinem Rücken begann man über ihn zu lachen und zu spotten, was früher nie vorgekommen war. In Onkel Moses' Gegenwart freilich herrschte die alte Ehrfurcht, und man tat, als merke man nichts.

Onkel Moses aber sah gar nichts. Er lebte ein zweites Leben, ein Phantasieleben. Es war, als hätte Onkel Moses sein Leben verkehrt gelebt. In seiner Jugend hatte er sich nur mit Geschäften befaßt, und sein Herz war tot gewesen wie das eines alten Mannes. In seinem Alter aber wurde Onkel Moses jung und begann erst jetzt seine Jugend zu leben, die er verjährt hatte. Onkel Moses lebte gar nicht mehr für sein Geschäft, für das Ausschmücken und für die billige Konfektion. Er lebte für ein junges Mädchen, das aufwuchs und sich vom Kinde zur Frau entwickelte. Er beobachtete jede Veränderung, die mit Mascha vorging. Wenn er sie nach einer Woche wieder sah, betrachtete er sie genau und glaubte zu erkennen, daß ihre Haare während dieser Woche dichter geworden, ihre Zähne schöner und fester waren. Er freute sich zu sehen, wie sich ihre Figur entwickelte, ihr Wuchs emporstob und ihr Körper sich füllte. In jedem Sabbat bemerkte er etwas Neues an ihr, entdeckte an ihr einen neuen Reiz, der vorher nicht zu sehen gewesen war.

Onkel Moses wurde besser zu seinen Leuten. Seine Augen wurden klarer und trauten aus dem müßigen Fett seines Gesichtes hervor. Er lernte lächeln, und wenn einmal jemand seinen Wünschen nicht ganz gehörig nachkam, so lächelte Onkel Moses statt loszufahren. Niemand begriff die Veränderung, die in ihm vorging. Aber alle fühlten und spürten, die Ursache dieser Veränderung sei Mascha, und sie nutzten auch Mascha zu ihrem Vorteil aus. So wie einmal die Juden Esther

dazu benutzt hatten, um bei Achschwerosch eine gute Behandlung zu erlangen, so nutzten die Kusminer Landsleute Mascha bei Onkel Moses. Wenn einer eine Schiffskarte für seine Angehörigen brauchte, so wurde Mascha zu Onkel Moses geschickt, um zu bitten. Wollte einer seine Tochter verheiraten, brauchte er Goldpfunden oder mußte er sich operieren lassen — um alles wurde Mascha zum Onkel geschickt. Mascha schlug der Onkel nichts ab. Wenn sie vor ihn hintrat, wurden seine Augen heller, das Fett seines Gesichtes verflachte sich und blieb dort, wo es hingehörte. Sein ganzes Aussehen bekam etwas Menschliches, und sein Gesicht, das sonst unverständliche Maske war, lag offen und jedermann verständlich da. Da Mascha bei Onkel Moses alles ausrichten konnte wie einst Esther bei Achschwerosch, gaben ihr die Kusminer auch den Beinamen Esther; den Onkel Moses nannten sie Achschwerosch und Aaron Meisik — Mordechai.

Zwei Tote bereiteten sich zur Reise in die andere Welt vor. Der eine war Onkel Moses' Vater, der alte Meisik, der andere Onkel Berl. Beide bereiteten sich zur Reise nach Kusmin vor, um dort zu sterben. Onkel Berl hatte nichts auf dieser Welt zu tun. Er fühlte, daß der Palast, welchen er sich in der anderen Welt erbaut hatte, für ihn fertig stand, und diese Welt ihn nicht mehr wollte. Er wurde krank, spuckte Blut und konnte nicht mehr arbeiten. Seine „Kostgänger“ hatte er verloren — die Kinder hatten geheiratet. Onkel Berl und seine Frau bemerkten eines Tages, daß sie ohne „Kostgänger“ waren und daß eigentlich niemand da war, um das „Haus“ zu erhalten.

Onkel Berl wollte unbedingt in die Heimat reisen, seine letzten Tage im Beth-Hamidraich von Kusmin verbringen, Palmine aussagen und auf dem Friedhof von Kusmin begraben werden.

Seine Frau Genedel aber sagte, ihr „Kusmin“ sei dort, wo ihre Kinder seien, und wenn es nach 120 Jahre so weit wäre, da wolle sie dort liegen, wo ihre Kinder wären. So schieden denn Mann und Frau noch bei Lebzeiten — Onkel Berl kehrte nach Kusmin zurück, um zu sterben, und seine Frau blieb in Amerika.

Den zwei „Toten“ zu Ehren versammelten sich sämtliche Kusminer Landsleute am Abend vor Abgang des Schiffes bei Onkel Berl, um von „den Toten“ Abschied zu nehmen. Die „zwei Toten“, der alte Meisik und Onkel Berl, sahen am Tisch oben an und tranken den Landsleuten „Lechajim“ zu; ihre Familien, Töchter, Schwiegerjöhne und Enkel nahmen

von ihnen Abschied, sie weinten wie bei einem Begräbnis. Die Landsleute baten beide um Verzeihung für Unrecht, das sie a n ihnen begangen, wie man es bei Verstorbenen tut.

„Was ist es denn für ein Unterschied zwischen uns? Wir alle werden heimfahren, alle werden wir dorthin fahren, wohin sie fahren!“ so rief ein Kusminer, ein alter Mann, der auch nach dem Friedhof von Kusmin Sehnsucht hatte.

„Reb Berl, grüßet alle dort!“

„Wenn ihr dort meine Leute sehet, Reb Mordechai, so grüßet sie.“

„Beget Fürbitte für uns ein.“ rief eine Frau und schluchzte laut.

Die „Toten“ selbst waren sehr lustig. Sie fühlten gar nicht, daß sie sterben würden. Onkel Berl's Augen leuchteten, und er fuhr sich zufrieden durch den Bart. Sein Aussehen war das eines Menschen, der daran ist, ein Glück zu erlangen, das er sein ganzes Leben lang erwartet hat, eines Menschen, welcher jetzt den Lohn für die Mühe seines ganzen Lebens empfängt. Ruhe und stille Heiterkeit sprachen aus allen seinen Bewegungen.

Auch der alte Meisik war lustig, er trank jedem zu und witzelte:

„Wenn ich deinen Vater, den alten Chaim, drüben in der anderen Welt treffe, wird er mich natürlich fragen: Was treibt eigentlich mein Sohn in Amerika? Ich werde ihm antworten: Dein Sohn frißt Schweinefleisch und entweicht den Sabbat, deshalb wirst dich dein Grab immer wieder heraus. Dann wird er schon über dich kommen und dich bei Nacht erwürgen. Du wirst schon noch dein Teil bekommen — o, wirst du noch dein Teil bekommen!“

Und alle Landsleute lachten herzlich über den „Toten“, der Witze machte.

Die Landsleute kamen zum Schiff, um den „Toten“ das Geleit zu geben; es sah aus, wie ein wirkliches letztes Geleit. Die Kinder weinten, fielen dem Vater um den Hals und baten ihn um Verzeihung:

„Vater, vergib uns, wenn wir etwa nicht recht gegen dich gehandelt haben.“

„Vater, wir werden dich nie vergessen. Solange du lebst, werden wir dir Geld schicken.“

„Lange werde ich euer Geld nicht benötigen.“ Onkel Berl lächelte ruhig und gut. „Bleibt gesund, liebe Kinder, und denkt an Gott.“

(Fortsetzung folgt)

Nationalistische Denkmalsfeier. In der Technischen Hochschule.

Im Lichtloche der Technischen Hochschule in Charlottenburg fand gestern mittig die Einweihung des Denkmals für die im Weltkrieg gefallenen Hochschulisten statt. Es war ein feierlich verlaufene nationalstiftliche Demonstration. Die Redeführer erblickte man nicht. Dafür aber alle möglichen studentischen Vereinstandarten, „Wichs“ garnituren und das übliche Zeremoniell studentischer Aufzüge. Die Ansprache des Festredners, des Geheimrats Sesselberg, schwebte in sehr eindeutigen Kriegserklärungen. Immerhin erwartet man von einem akademischen Referenten mehr als von einem Kriegervereinspräsidenten. Das alte, herrliche Ideal der Freiheitskriege soll, so ist Sesselbergs Wunsch, in unserem Volke wieder lebendig werden. Man versteht die Anspielung. Die großen Zerstörungen beim deutschen Rückzug aus Frankreich, die in ihrer Gesamtheit heute kaum noch jemand zu verteidigen mag, waren ihm (einschließlich des Rückzuges) eine der genialsten Operationen, die es je gegeben hat. Heldischer Geist müsse in uns einziehen. Und dann die übliche Fanfare am Schluss. ... bis einst der Tag kommt! Bewahrt den heiligen Jörn über die Demütigungen, den heiligen Jörn über die Feinigungen, denen unser getretenes Volk ausgesetzt war, im Herzen! Bewahrt die Flamme! ... Ein Vertreter der Studentenschaft stellte fest, daß die ehernen Wehr auseinandergebrochen sei. Deutschland sei zum Sklaven erniedrigt. Aber auch das Denkmal ist dieser Bestimmung angepaßt. Ein Feldsoldat, im wilden Sprung, die Handgranate in der erhobenen Faust, bereit, Tod und Verderben um sich zu sehen. So symbolisiert eine deutsche Hochschule ihre Aufbaumission. Aber die Angehörigen, die Väter, Mütter und Bräute, saßen dabei und machten sich keinerlei Gedanken über diese Angeheuerlichkeit.

Apfelsinenrevanche.

Wir sind wohl dagegen geneigt, daß man uns irgendwelcher Sympathien für den blutdürstigen Terror in Mussolinis verächtlich. Mussolinis ist nun allerdings nicht Italien, sondern das Gegenteil davon. Die altdeutsch-völkische „Deutsche Zeitung“ des Herrn Glöck bringt auf der ersten Seite — um nun auch etwas für die „nationalen Belange“ zu tun — eine feilschende Ueberschrift: „Kampf den Südrüchtern!“ Seltsam, daß die Barden des Nationalismus immer unfreiwillig-komisch wirken. Was soll diese treudeutsche Apfelsinenrevanche? Was haben die armen italienischen Bauern und ihre gefährlichen Apfelsinen mit Mussolinis Gewaltmethoden zu tun? Das ist keine Politik, das sind böswärtige Ränke, durch die praktisch absolut nichts erreicht wird. Bonaparte? Wenn's hoch kommt, wird ein Früchtelhändler mit „nationaler Rundschau“ seine „Südrüchtern“ spanisch anstreichen. Die Mission ist vollkommen. Und der bürliche Oberlehrer mit der Falkenkreuznadel auf dem Busen wird die Reiffrüchte hinuntergeschluckt in dem erhebenden Gefühl, wieder einmal Germaniens Würde gewahrt zu haben.

Keine Teuerungszulagen für städtische Arbeiter.

Die Stadtverordnetenversammlung hatte am 28. Januar beschlossen, daß allen Arbeitern der Rammereibetriebe und den Zeichnern des Magistrats, die schon früher beim Magistrat beschäftigt waren, oder jetzt zwei Monate und länger beschäftigt sind, dieselbe Teuerungszulage gewährt werden sollte, die den Beamten und Hilfsangestellten der Gruppen 1-6 schon zuteil geworden ist. Jetzt teilt der Magistrat den Stadtverordneten zur Kenntnisnahme mit, daß er diese Teuerungszulage nicht gewähren zu können glaubt. Er begründet dies so: Die Freischung der Löhne der städtischen Arbeiter erfolgt unabhängig von der Regelung der Beamtenbesoldung. Im Laufe des Jahres 1925 sind die Löhne der städtischen Arbeiter im Gegensatz zu der Beamtenbesoldung nochmals erhöht worden. Anträge der Gewerkschaften auf Gewährung der den Beamten vor Weihnachten gezahlten Reizwendungen an die städtischen Arbeiter haben wir bereits im Dezember abgelehnt. Auch im Reich und Preußen sind entsprechende Anträge der Arbeitnehmer abgelehnt worden. Aus vorstehenden Gründen und mit Rücksicht auf die gespannte Finanzlage der Stadt haben wir beschlossen, die Gewährung einer einmaligen Teuerungszulage an die städtischen Arbeitnehmer abzulehnen.

Der Beschluß des Magistrats bringt den Arbeitern eine Enttäuschung. Beifall wird er bei den rechtsstehenden Parteien finden, die dem Verlangen nach einer Teuerungszulage für die städtischen Arbeiter von vornherein ihre Zustimmung verweigert haben. Auf die Widerheit, gegen die jener Beschluß der Stadtverordnetenversammlung zustande gekommen ist, fügt sich der jetzt ablehnende Magistrat.

Die Verkehrszählung auf der Stadt- und Ringbahn.

Nach dem jetzt vorliegenden Ergebnis der Verkehrszählung am 12. Dezember v. J. wurden auf der Berliner Stadt- und Ringbahn und den Vorortbahnen insgesamt 1.143.083 Reisende gegenüber 1.238.640 Reisenden bei der Zählung am 8. Mai befördert. Das Ergebnis ist mithin um 8 Proz. niedriger. Den stärksten Rückgang weist der Wochenverkehrsverkehr infolge der erheblichen Zunahme der Arbeitslosigkeit auf. Zwei Drittel des Verkehrs entfallen auf die Stadt- und Ringbahn; nur etwas über ein Drittel auf sämtliche Vorortbahnen. Unter den Bahnstrecken weisen wie immer Friedrichstraße und Alexanderplatz mit rund 100.000 (abgefahrenen und angekommenen) Personen den stärksten Verkehr auf. Es folgen der Schlesische Bahnhof und der Potsdamer Ringbahnhof mit je rund 80.000 Personen, dann der Bahnhof Charlottenburg und Gesundbrunnen (60.000). Auf den Vorortbahnen steht Niederlehne, Weide-Johannistal mit 40.000 Personen an erster Stelle. Am Zählungstage benutzten 16 Proz. der Reisenden die zweite, 54 Proz. die dritte Wagenklasse. Nur 43 Proz. fuhren auf Einzelkarten, 57 Proz. auf Zeitkarten. Auch diese Zählung bewies, daß auf die Zeitkarten aller Art täglich durchschnittlich nur zwei Fahrten ausgeführt werden.

Der ostpreussische Schupstransport.

Das preussische Innenministerium hat sich, wie uns mitgeteilt wird, telefonisch an den Regierungspräsidenten in Allenstein gewandt und um Aufklärung der in der Presse behandelten Vorkommnisse beim Usmarsch des für Berlin bestimmten ostpreussischen Schupstransports erlucht. Danach kann von einem Usmarsch der Schupstransporte unter Voraussatz einer Musikkapelle keine Rede sein. Zu antirepublikanischen Demonstrationen ist es nach Mitteilung des Regierungspräsidenten nicht gekommen. Die Beamten hätten lediglich Marschlieder gesungen. Weiterhin gingen von Ost- und Ostpreußen Schupstransporte ab. In dem einen Ort ging der Abzug völlig still vor sich, in dem anderen marschierte eine sechsstöckige Reichswehrtruppe in Zivil voran. Ausbreitungen sollen auch hier nicht zu verzeichnen gewesen sein. Die größten Mängel des Transports unterliegen noch näherer Nachprüfung der zuständigen Behörden.

Die Ausbildung der ostpreussischen Schupstransportbeamten, die nun allmählich mit dem Polizeidienst in der Großstadt vertraut gemacht werden müssen, erstreckt sich vor allem auf den Unterricht über die örtliche Gestaltung Groß-Berlins. Zu diesem Zweck werden die 500 Beamten, die auf etwa sechs verschiedene Polizeibezirke verteilt sind, in Postkraftwagen durch die Straßen Berlins gefahren,

Der Prozeß gegen den Prügelpädagogen.

Mehrständiger Vortrag des Angeklagten v. Lühow.

Im weiteren Verlauf des ersten Verhandlungstages gegen den Angeklagten Freiherrn v. Lühow wurde der Antrag der Verteidigung, den Sachverständigen Dr. Blochzeit nicht zuzulassen, abgelehnt. Dann erst konnte der Anklagebescheid vorgelesen werden.

Dr. Freiherr Kurt-Lühow von Lühow, geboren 1883 in Reife, wird angeklagt, in den Jahren 1918 bis 1924 in Hanthuda, Berka, Budow und Jossen als Erzieher mit seinen minderjährigen Schülern, und zwar in 75 Einzelfällen, davon zum Teil mit Schülern unter 14 Jahren, unzüchtige Handlungen vorgenommen, und diese in 72 Fällen vorwiegend körperlich mißhandelt zu haben. Abdam erludte der Vorsitzende, Amtsgerichtsrat Fechner, dessen vornehme, ruhig sachliche Verhandlungsleitung allseitig großes Lob findet, den Angeklagten von Lühow sich zur Anklage zu äußern. Der Angeklagte erklärte, daß er sich gleich über die einzelnen Fälle aussprechen möchte. Vorl.: Zunächst möchte das Gericht ein Bild über Ihren Werdegang haben und dann etwas hören über Ihre allgemeine Einstellung zu den Erziehungsfragen. Wir haben hier keine Entscheidung pädagogischen Inhalts zu treffen. Selbstverständlich müssen die pädagogischen Fragen erörtert werden, aber sie sind nicht Selbstzweck. Der Angeklagte von Lühow hielt hierauf einen mehrständigen Vortrag, der vom Vorsitzenden nicht unterbrochen wurde. Nur von Zeit zu Zeit stützten die Verteidiger dem vor ihnen stehenden Angeklagten ein Stichwort zu, so daß er in fließender Rede sich über alles verbreitete, was ihm erwähnenswert erschien. Er ging dabei aber auf die ihm zur Zeit gelegenen Prügelfälle und sittlichen Verfehlungen fast gar nicht ein. Nur ganz zum Schluss streifte er die von ihm angewendete Prügelpädagogik mit wenigen Worten. Zunächst sprach er von seiner Entwicklung. Von seiner Jugend habe er wenig zu sagen. Die Erziehung war die in seinen Kreisen übliche, durchaus normale. Zuerst Erziehung durch Hauslehrer und Lehrerinnen, dann Besuch des Gymnasiums und schließlich, entsprechend der Tradition der Familie, Unterbringung im Kadettenkorps in Dramenstein. Von hier habe er auscheiden müssen, als er am Sedantage einen schweren Hirschschlag erlitt. Er habe die Landwirtschaftsschule absolviert, die Universität besucht und Landwirtschaft und Naturwissenschaft studiert. Das Doktorexamen habe er magna cum laude gemacht. Nachdem er Assistent an verschiedenen landwirtschaftlichen Instituten gewesen war, erhielt er Stellung an der Landwirtschaftlichen Hochschule in Schwiebus und wurde mehr und mehr auf das pädagogische Gebiet geleitet. Er nahm nachher eine Stellung bei der Rheinischen Mission in Mörs an, wo er zwei Jahre mit Befriedigung tätig gewesen war. Dort habe er die Bekanntschaft mit den Kreisen gemacht, die für sein späteres Leben ausschlaggebend wurden, nämlich mit den Deutschen Bidelkämpfern, einer Jugendbewegung, mit der er fünfzehn Jahre in enger Fühlung geblieben sei. Dort habe er tiefen Einblick in die Kinderseelen bekommen. Das Viehische System sei ihm das Vorbild gewesen für sein eigenes Landerziehungsheim in Budow. Er habe aber hier ein ganz anderes Schülermaterial gefunden, das das Budower Heim mehr eine Art Presse war. Bei Dr. Vieg wurde gelehrt, jeden Jungen mit Achtung und Vertrauen zu behandeln und so die Liebe der Knaben zu

gewinnen. Die Bildung wurde nicht durch Auswendiglernen, sondern durch gewisse Unterrichtsmethoden beigebracht. Die Erziehung der Kinder zur Sittlichkeit soll durch die Gewöhnung des Lehrenden bewirkt werden. Das sei ein Grundgesetz gewesen, den er von Dr. Vieg übernommen habe. Die Vorkurfe, die man ihm machte, gingen gerade von Schülern aus, die er bei bedenklichen Handlungen abgefaßt habe. In der Kleinstadt Budow habe man all das nicht verstehen können, und so hätten sich Gerüchte entwickelt, so daß er schließlich von der Schulbehörde eine Mahnung erhielt. Er habe auch die Unterrichtsmethode nicht so durchführen können, wie er es bei Vieg gelernt habe. Aus all diesen Gründen sei er nach Jossen gegangen, wo er sich auch vergrößern konnte. Auch in Jossen habe ihn das schlechte Schülermaterial gezwungen, von dem erzieherischen Grundgedanken des Dr. Vieg abzuweichen. Den Schülern habe das Pflichtgefühl gefehlt, und er habe schärfer werden müssen. Diese Schüler habe er nicht mit der gewohnten Milde behandeln können und war daher gezwungen, andere Maßregeln anzuwenden. „Diese Kinder, die Heimliches taten, wollten gar nicht die innere Gemeinschaft mit mir haben. Ich habe mich zuerst durch den Schein blenden lassen und übte Erfahrungen gemacht. So entwickelten sich schon in Budow und dann in Jossen erhebliche Differenzen.“ Es sei zu Zusammenstößen mit den Lehrern gekommen. Man habe eine Konferenz einberufen, und Dr. Vippmann habe ihm eine Erklärung vorgelesen, die ihn als minderwertig und unfähig für die Erziehung hinstellte. Damals sei aber noch nicht die Rede von sittlichen Verfehlungen gewesen. Der Schultat habe einen Frieden zustande gebracht, und er habe auch eine ihm harmlos erscheinende Erklärung unterschrieben. Es habe nicht lange gedauert, da sei es zu neuen schweren Angriffen gekommen. So habe sich hinter seinem Rücken ein Konfessionsrat gebildet, um ihm das Heim zu rauben. Nun sei von der Regierung eine dreitägige Untersuchung eingeleitet worden, die aber zu seinen Gunsten ausfiel. Es habe sich nichts über sittliche Verfehlungen ergeben, und nur das „Du“ sei geblieben. Im Jahre 1924 habe sich der Zustand der Schule noch mehr verschlechtert. Eine Lehrerin habe es nicht verstanden, Disziplin zu halten, und der Mathematiklehrer konnte nicht in das richtige Verhältnis zu den Kindern kommen, so daß in der Schule große Unordnung herrschte und Ausschreitungen vorliefen. Da habe er scharf durchgreifen müssen. In verschiedenen Landerziehungsanstalten wurde nach der englischen Methode die Prügelstrafe angewendet. Als dann aber die Hege gegen ihn weiter ging, habe er eingesehen, daß er die Prügelstrafe einschränken müsse. Die ganze Hege der letzten Zeit sei durch ein Fräulein Schulz eingeleitet worden, die hilflos einlassen worden war. Er habe wegen der Verbreitung der Gerüchte gegen Fräulein Schulz Beleidigungsklagen einreichen wollen und ebenso gegen Frau Ratshofe, die behauptet hatte, daß ihr Sohn 105 Schläge bekommen habe und stundenlang mit verstrickten Armen Strafe stehen mußte. Jetzt sei auch auf Betreiben von Fräulein Schulz die Elternschaft der Borschule scharf gegen ihn aufgetreten, und es kam zu Eingaben an die Regierung, um ihm die Borschule zu nehmen. Das seien die Eltern gewesen, mit deren Kindern er gar nichts zu tun hatte. Alle anderen Eltern hätten zu ihm gestanden.

Damit endigte der Angeklagte seine Rechtfertigungsrede, und die Verhandlung wurde auf Donnerstag früh 9½ Uhr vertagt.

wobei ihnen von Offizieren Instruktion erteilt wird. Auch wird den Offizieren Gelegenheit gegeben, sich durch eigene Anschauung ein Bild ihres künftigen Tätigkeitsbereiches zu machen. Für den Verkehrsdienst kommen die neuen Beamten vorläufig nicht in Frage, da hierfür nur alte erfahrene Beamte, die eine ganz spezielle Ausbildung genossen haben, zur Verwendung kommen.

Gegen die Auflösung einer Volksschule.

Im Verwaltungsbezirk Wilmersdorf wird die Auflösung der Volksschule I (Nieselerstraße) erwogen. Hierzu schreibt uns der Elternbeirat:

„Trotz feierlich gegebenen Versprechens der Bezirksbehörde, Volksschule I unter allen Umständen als vollausgestattetes Schulsystem bestehen zu lassen, wird beabsichtigt, diese Schule zu Ostern dieses Jahres aufzulösen und ihre Schüler und Schülerinnen auf die Volksschulen in der Robbenz- und der Pilsburger Straße zu verteilen. Die in dem Gebäude ebenfalls befindliche Berufsschule soll nach dem in der Babelsberger Straße gelegenen Schulgebäude verlegt werden. Die freierwerbenden Räume der Volksschule sollen die bisher in der Viktoria-Luisen-Schule und im Fichte-Gymnasium untergebrachten Mittelschulen beziehen. Man begründet diese in das gesamte Schulleben tief einschneidenden Veränderungen, die bei einer der betroffenen Schulen auch nur die geringste Gegenliebe gefunden, sondern im Gegenteil heftigen Widerstand ausgelöst haben, mit Sparmaßnahmen, die auf dem Gebiete des Schulwesens durch Erhöhung der Klassenfrequenz auf Drängen des Berliner Stadtkammerers gemacht werden sollen. Diese Sparmaßnahmen (die, nebenbei bemerkt, zunächst durch den Unzug der

Das Rundfunkprogramm.

Dienstag, den 23. Februar.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:
3.45 Uhr nachm.: Stunde mit Büchern: Alexander Mozkowski: „Panorama meines Lebens“ und „Venuspark“. Rudolf Presber: „Der Tisch des Kapitäns“. Fritz Skowronnek: „Lebensgeschichte eines Ostpreußen“. „Deutscher Humor aus fünf Jahrhunderten“, gesammelt von W. Fraenger. 4.30-6 Uhr nachm.: Nachmittagskonzert der Berliner Funkkapelle. Leitung: Konzertmeister Ferd. Kaufman. 6.50 Uhr abends: C. Gelhard: „Allgemein Wissenschaftliches über den Hund“. 7.20 Uhr abends: Haas-Brodow-Schule (Bildungskurse). Abteilung Sprachunterricht. Englisch (R. Herdman Pender). 8-10 Uhr abends: Sonderspiele. Abteilung Operette. Leitung: Cornelis Bronsgeest. Spielzeit 1925/26. 28. Veranstaltung: „Drei alte Schachteln“. Musik von Walter Kollo. Operette in vier Bildern. Dirigent: Bruno Seidler-Winkler. Der Schusterjunge, später Geselle, als Beobachter: Ursula Krüger; Bozema Bradski; Charlotte, ihre Schwester: Violetta Schadow; Hans Klaus Kersting; Franz Baumann; Cornelius Hasenpfeffer. Sergeant: Robert Koppel; August, Köchin bei den Geschwistern Krüger: Claire Waldoff; Brigitta, Susanna, Angelika, Hermine, Freundinnen von Ursula Krüger: Gertrud Zwicky, Else Jaep, Gertrud Burke, Eva Frank; Rittmeister v. Troschew: Leopold Lewinsky. Offiziere, Damen, Soldaten, Schulkinder. Ort der Handlung: Potsdam. Zeit: Anfang des vorigen Jahrhunderts. Zwischen dem ersten und zweiten Bild liegt ein Zeitraum von zehn Jahren. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagess Nachrichten, Zeitanzeige, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theater- und Filmdienst. 10.30-12 Uhr abends: Tanzmusik (Rhapsodie Jazzsinfoniker, Dirigent: Ernő Rapée).

Königswusterhausen, Dienstag, den 23. Februar.

3-3.30 Uhr nachm.: Professor Ansel und Oberschullehrer Westermann: Einheitskurzschrift. 3.30-4 Uhr nachm.: Schulrat Dr. Thoma: Die leitenden Gedanken in der Pflichtfortbildungsschule gegen Ende des vorigen Jahrhunderts. 4-4.30 Uhr nachm.: Ministerialrat Dr. Ziernann: Die Entwicklung der allgemein bildenden Schulen und der Berufs- und Fachschulen. 4.30-5 Uhr nachm.: J. L. Stern: Wiegeliieder für die Kleinsten.

Schulen, durch Einrichtung von Zeichenklassen, Werkstätten usw. einen Kostenaufwand von rund 100.000 M. machen werden) lassen sich auch ohne die nirgend, auch nicht von Berlin geforderte Auflösung dieser ältesten, in dichtestbesiedelter Gegend liegenden Schule durchführen. Man braucht nur die beiden Mittelschulen nach der Babelsberger Straße zu verlegen und an jeder Volksschule eines bis zwei Klassen einzurichten. Dann vermeidet man die schweren Schädigungen für Kinder, Elternschaft, Lehrer und Stadtkädel und zerstört nicht rücksichtslos die unerfährlichen materiellen und ideellen Werte, die die Auflösung einer so alten Lehranstalt im Gefolge haben muß. Aus diesen Gründen wendet sich der Elternbeirat an die Öffentlichkeit, verlangt unter allen Umständen das Fortbestehen der Volksschule I und lädt alle Eltern zu der am 25. d. M., abends 8 Uhr, in der Aula der Viktoria-Luisen-Schule stattfindenden Elternversammlung ein.“

Wie wir hören, hat zwar das Bezirksamt sich bereits mit dieser Angelegenheit beschäftigt, doch hat die Bezirkschuldeputation noch nicht dazu Stellung genommen.

Ein seltenes Jubiläum. Heute begeht unser einundachtzigjähriger Genosse Albert Tieg in Vergeselde mit seiner einundachtzigjährigen Ehefrau Luise, geborene Albrecht, das seltene Fest der diamantenen Hochzeit. Seit sechzig Jahren lebt das Ehepaar in bester Gesundheit zusammen. Gen. Tieg gehört seit Jahrzehnten der Partei an, deren einziges Mitglied er heute noch ist. Den alten Leuten geht es jetzt nicht besonders. Sie bewohnen in Vergeselde bei Hohenneudorf, Stolpische Str. 7, ein kleines Zimmer, diesseitig können ein paar Spenden ihre Lage etwas verbessern. Hoffentlich ist es dem greisen Paar noch vergönnt, das Fest der eisernen Hochzeit zu feiern.

Soen Scholander bringt in seinem 8. Niederabend am 27. Februar im Weilerlaal deutsche, schwedische, französische und japanische Volkslieder zur Laute zum Vortrag.

Ein grauenvoller Mord in Hannover.

Haarmanns Geist geht wieder um. Das Opfer war diesmal ein junges Mädchen. Und der Mörder? Ein Lehrling, der vielleicht unter Umständen selbst ein Opfer Haarmanns hätte werden können. Die treuere, aber gerade deshalb um so grauere Nachricht lautet: Der im Hause Andreasstraße 11 wohnhafte Mechanikerlehrling Wilhelm Bische brachte in der Nacht zum Montag ein Mädchen in die elterliche Wohnung. Dort ermordete er es und versuchte ihr die Glieder vom Rumpfe zu trennen. Durch das Benehmen des jungen Mannes aufmerksam gemacht, fand der Vater bei der Durchsuchung der Wohnung die fürchterlich zerstückelte Leiche vor. Die Persönlichkeit der Getöteten konnte noch nicht festgestellt werden. Der Mörder wurde sofort festgenommen.

Ob den jungen Menschen etwa Haarmanns Gelfüste geschüttelt und zum Mörder gemacht haben?

Zwei Arbeiter im Hüttenwerk verbrannt.

Ein schwerer Unfall ereignete sich auf dem Hüttenwerk von Kaiser in Oranienburg. Die dort beschäftigten Arbeiter Lädle und Bludsdorf waren damit beschäftigt, vor dem Schachtöfen Schlacken zu kippen. Plötzlich erfolgte aus dem Innern der Schlacken heraus eine heftige Explosion, die Kleider der Arbeiter wurden von der herausfliegenden Schlackenschlamm erfasst und fingen sofort an lichterloh zu brennen. Bevor es den herbeieilenden Kollegen gelang, die Flammen zu erlösen, hatten die Unglücklichen am ganzen Körper schwere Brandwunden erlitten, sodas sie in hoffnungslosem Zustand nach dem Krankenhaus übergeführt wurden. Ueber die Ursache der Explosion ist sofort eine Untersuchung eingeleitet worden.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle für Berlin. (Nachr. verb.) Teilweise aufsteigend, noch einzelne Schauerregen, mild. — Für Deutschland, Mittel- und Norddeutschland Schauerregen.

KAFFEE HAG ist feinsten Bohnenkaffee wohlschmeckend und bekömmlich

Kaffee Hag-Probierstube
Berlin, Kurfürstendamm 26a

Arbeiter-Sport

Schulen des Arbeitersports.

Für den gesamten Sportbetrieb ist das Vorhandensein geeigneter Lehrkräfte eine wesentliche Voraussetzung. Der bürgerliche Sport steht in dieser Beziehung ziemlich günstig da. Fast alle Sportlehrer und Aerzte sind gesellschaftlich an die bürgerlichen Kreise gebunden und daher nicht nur Mitglieder, sondern auch tätige Funktionäre in der bürgerlichen Sportbewegung. Wo es noch fehlt, greift das Unternehmertum unterstützend ein, indem es befähigte Sportler in gehobene Stellungen unter der Voraussetzung befördert, im örtlichen Sport- oder Turnverein die Leitung zu übernehmen.

Der Arbeitersport hat selbst in der Nachkriegszeit wenig Auftrieb aus den intellektuellen Kreisen erhalten und ist daher noch wie vor auf Selbsthilfe angewiesen. Im Jahre 1912 wurde in dem neubauten Bundeshaus des Arbeiter-Turn- und Sportbundes in Leipzig auch eine Turnhalle eingebaut, die trotz ihrer Kleinheit (6 x 14 Meter) doch stolz die Bundesturnhalle genannt wurde. Hier am Sitz des Bundes wurde die Bundesschule gegründet, in der zunächst für die Kreisturnwart ein Kursus abgehalten wurde. Die Kriegszeit brachte leider eine Unterbrechung. Im November 1920 wurde die Bundesschule aufs neue eröffnet, es wurden Lehrgänge für Turnen, Leichtathletik, Schwimmen, Fußball, sowie gesonderte Lehrgänge für Turnlehrerinnen und Sportlehrerinnen abgehalten. Gleichzeitig wurden Musterklassen an der Bundesschule für Turner, Turnerinnen und Kinder eingerichtet, später auch für Schwimmer und Fußballer, zu denen die Leipziger Vereine die Teilnehmer stellten. Zweck dieser Musterklassen ist, eine Kerntruppe von Arbeitersportlern zu schaffen, die einestheils durch Musterführungen innerhalb des Bundesgebietes Anregung gibt, andererseits als sportärztliches Studienmaterial und zum Erproben der verschiedenen Systeme der Leibesübungen dienen soll.

Für das Jahr 1926 sind folgende Lehrkurse geplant: 31. Mai bis 12. Juni für Leichtathletik, 14. bis 26. Juni für Schwimmen, 1. bis 7. August für Fußball, 19. September bis 2. Oktober für Rinderturnen, 17. bis 30. Oktober für Männer- und Frauenturnen, 7. bis 14. November für Jugendleiter. Die Teilnehmer sind von den Vereinen spätestens vier Wochen vor Beginn des Lehrganges zu melden. Außer dieser Bundesschule sind noch Kreisschulen für den 1. Kreis in Berlin, 5. Kreis in Altenburg, 7. Kreis in Nürnberg, 9. Kreis in Frankfurt a. M., 17. Kreis in Wiener-Neustadt (Österreich), sowie 17 Bezirksschulen vorhanden. Der Bund gibt eine periodische illustrierte Zeitschrift „Der Sportturner“ mit vorzüglichem Lehrmaterial, sowie die „Bundesschulnachrichten“ allmonatlich heraus. Auch Lichtbilder und Filme aus dem Sportgebiet werden teilweise abgegeben.

Die Kreisschule des 1. Kreises (Provinz Brandenburg) hat für den Arbeitersport Groß-Berlins besonderen Wert und sei daher kurz besprochen. Die Anmeldungen für den neuen Betrieb sind recht zahlreich eingelaufen, so daß ein guter Erfolg erwartet werden darf. Für die Männer- und Jugendklasse haben sich 60 Teilnehmer, für die Turnerinnenklasse gar 70 Teilnehmerinnen gemeldet, so daß Streichungen notwendig sind, falls es nicht gelingt, geeignete Turnhallen und Lehrkräfte für eine zweite Klasse zu finden. Neu eröffnet ist eine Klasse für Schwimmer, die auch Ergänzungslehre in der Turnhalle pflegt. Leichtathleten und Fußballer dürften bald ebenfalls mit Lehrklassen folgen. Zur finanziellen Durchführung der Lehrtätigkeit wird ein besonderer Beitrag von 25 Pfennig von allen Kreismitgliedern über 14 Jahre erhoben, was eine ziemlich starke finanzielle Belastung der Vereine bedeutet. Die Tätigkeit dieser Arbeitersportschulen wird durch sportärztliche Untersuchungen auch für die Wissenschaft wertvolles Material ergeben. Es wird möglich sein, die Einwirkungen, Vorteile und Nachteile der verschiedenartigen Leibesübungen festzustellen und der einseitigen Körperausbildung durch zweckmäßigen Erziehungsport entgegenzuwirken.

Aus dem Zusammenwirken von Aerzten, Künstlern und Sportlern wird sich die Möglichkeit ergeben, ein von Uebertreibungen freies, dem Wohl der Gesamtheit dienendes System von Leibesübungen zu schaffen.

Gute Fortschritte der TTB.

Das Jahr 1925 hat dem Arbeitersport manchen guten Erfolg gebracht. Der soeben fertiggestellte Jahresbericht der Freien Turnerschaft Groß-Berlin kann von einer erfolgreichen Mitgliederzunahme berichten. Die Zahl der Männermitglieder erhöhte sich von 309 am Anfang des Jahres 1925 auf 548 am Ende des gleichen Jahres, die Zahl der Frauen stieg von 119 auf 226, die männliche Jugend von 135 auf 197, die weibliche Jugend von 127 auf 202. Insgesamt erhöhte sich die Zahl der Mitglieder über 14 Jahre von 690 auf 1173. Die Zahl der Kindermitglieder stieg von 630 auf 1253. Der Verein eröffnete drei neue Turnbezirke, und zwar im Norden: Turnhalle Putbusser Straße 22, Zentrum: Turnhalle Gartenstr. 107a und Rosenhald: Turnhalle Kastanienallee. Sehr gut entwickelt hat sich das Frauen- und Mädchenturnen. Für Frauen über 30 Jahre wurde eine besondere Turnabteilung im Norden Berlins in der Ruheplatzstraße 5-7 eröffnet, auch in anderen Stadtbezirken dürften bald derartige Abteilungen eröffnet werden. Beim Rinderturnen hat die Zahl der Mädchen (747) die der Knaben (506) weit übersteigt. Interessenten des Arbeitersports können an folgenden Stellen über die Turnzeiten der TTB Auskunft erhalten: Bezirk Süden: Turnhalle Boediker Str. 17/20. — Bezirk Norden I: Turnhalle Braunstraße 12. — Bezirk Norden II: Turnhalle Schönlicher Str. 7 (Dienstag und Freitag 8-10 Uhr). — Bezirk Norden III: Turnhalle Putbusser Str. 22. — Bezirk Osten: Turnhalle Straßmannstraße 6. — Bezirk Wedding: Turnhalle Bankstr. 19 (Volkshochschule, Dienstag und Freitag 8-10 Uhr). — Bezirk Südosten: Turnhalle Förstler Ecke Reichenberger Straße (Dienstag 8-10 Uhr). — Bezirk Westen: Turnhalle Gilmstr. 15 (Dienstag 8-10 Uhr). — Bezirk Zentrum: Turnhalle Gartenstr. 107a (Montag und Donnerstag 8-10 Uhr). — Bezirk Rosenhald: Kastanienallee (Dienstag und Freitag 8-10 Uhr).

Berliner Arbeiter-Schachklub, Abteilung Charlottenburg! Die Veranstaltung der Abteilung war ein voller Erfolg, da zahlreiche Gäste erschienen waren. Schachfreund Bogi spielte gleichzeitig gegen 25 Gegner. Nach 3 1/2 Stunden, an den letzten Brettern hartnäckigem Kampfe waren alle Partien erledigt. Resultat:

+24 — 3 — 1. Einige neue Anhänger für unsere Sache waren gewonnen. Die Abteilung spielt jeden Dienstag von 8-1 Uhr bei Gottschalk, Bismarckstr. 57 Ecke Kaiser-Friedrich-Straße.

Kampfabend „Norden“ — „Nord-Ost 06“.

Einen sehr gutbesuchten Kampfabend im Ringen und Jiu-Jitsu veranstaltete die Sportliche Vereinigung „Nord-Ost 06“ gegen den „S.C. Norden“ in der Turnhalle Christburger Straße. Im Ringen wie auch im Jiu-Jitsu gab es guten Sport zu sehen; die Kämpfer beider Arbeitervereine stritten hart um die Punkte. Der Abend wurde mit Jiu-Jitsu-Demonstrationen eingeleitet, die von Striemann (RD.) als Angreifer und Wolff (RD.) als Verteidiger trefflich vorgeführt wurden. Ein Sportgenosse gab dazu die notwendigen Erklärungen. Die Ringkämpfe folgten. Es wurde in sieben Gewichtsklassen, vom Fliegen- bis zum Schwergewicht, gerungen. Es ist schwer zu sagen, welcher Verein die besseren Ringer in seinen Reihen hat, da viele „Innentüchtigen“ gefällt werden mußten und „Norden“ knapp mit 16:12 Punkten siegte. Besonders erbitterte und harte Kämpfe lieferten sich Buschke (N.) gegen Gminski (RD.) und Krüger (N.) gegen Richter (RD.), die im Hin- und Retourenkampf unentschieden endeten. Im Jiu-Jitsu standen sich in Juchler (RD.) gegen Scheidel (Jurid), sowie Rüd (RD.) gegen Kahn (Vibertas) durchaus gleichwertige Gegner im Ring gegenüber. Nach je 10 Minuten trennten sich beide Paare unentschieden.

Schachklub: Einleitungskampf Hina (RD.) gegen Weinde (RD.). Sieger: Weinde nach 3 Min. 30 Sek. — **Alleingangswicht** bis 135 Pfd.: Rüd (N.) gegen Rüd (RD.). Sieger: Rüd nach 2 Min. — **Schwergewicht** bis 135 Pfd.: Gabel (N.) gegen Scheide (RD.). Sieger: Scheide nach 8 Min. 30 Sek. — **Mittelgewicht** bis 125 Pfd.: Buschke (N.) gegen Gminski (RD.). Unentschieden. — **Leichtgewicht** bis 115 Pfd.: Krüger (N.) gegen Richter (RD.). Unentschieden. — **Mittelgewicht** bis 145 Pfd.: Striemann (N.) gegen Anshaus (RD.). Unentschieden. — **Schwergewicht** über 135 Pfd.: Striemann (N.) gegen Scheide (RD.). Sieger: Scheide nach 7 Min. 30 Sek. — **Retourenkampf:** Rüd (N.) gegen Rüd (RD.). Sieger: Rüd nach 3 Min. 10 Sek. Die übrigen 6 Kämpfe endeten nach 10 Minuten unentschieden. — **Jiu-Jitsu** (2 Gänge zu 5 Min.): Juchler (RD.) gegen Scheidel (Jurid.). Nach 10 Minuten unentschieden. — **Rüd (RD.)** gegen Kahn (Vib.). Nach 10 Minuten unentschieden.

Einigung zwischen Reichsbanner und ATTB.

Der Vorstand des Reichsbanners hat nach eingehender Aussprache mit der Leitung des Deutschen Arbeiter-Turn- und Sportbundes folgenden Beschluß gefaßt: „Innerhalb unseres Bundes dürfen Sonderorganisationen, wie Turn-, Wasser-, Sport-, Radfahr-, Sport-Abteilungen und dergleichen, nicht gebildet, also auch Wettkämpfe auf diesem Gebiet nicht ausgetragen werden. Dagegen ist es erwünscht, in Orten, wo keine republikanische Turn- und Sportvereine sich befinden, innerhalb des Reichsbanners für die körperliche Ausbildung der Kameraden selbst zu sorgen. In Ballergeraden ist es nötig und erforderlich, die Farben der Republik (Schwarzrotgold) so viel als möglich zu zeigen und dafür die organisatorischen Maßnahmen zu treffen. Die radfahrenden Kameraden eines Ortes können zusammengefaßt werden, um zum Propaganda-, Ordner- und Nachridendienst verwendet zu werden.“

Damit dürfte der Streit um den Sportbetrieb im Reichsbanner geklärt sein. Die Notwendigkeit, auf dem Wasser die Farben der Republik mehr als bisher zu zeigen, ist im „Vorwärts“ oft betont worden. In den Arbeitersportkriegen wird es nun liegen, ob den schwerwiegendsten Demonstrationen der bürgerlichen Vereine auf den märkischen Gewässern nur vom Reichsbanner entgegengetreten wird.

Bürgerliche Zügellosigkeit.

Die ganze Rückständigkeit des bürgerlichen Turnbetriebes und die politische und gesellschaftlich reaktionäre Einstellung der bürgerlichen Sportkreise spricht aus einer Verfügung, die der Bundesturnrat des Deutschen Turnerbundes in Desterreich auf Antrag des Turnauschusses erlassen hat. Danach ist den Trägerinnen der „Subitopsi-Haartracht“ die Teilnahme am Wiener Bundesturnfest 1926 als Turnerinnen verboten. Als Eintritt zahlende Zuschauer werden die Subitopsi gerade noch geduldet. Einsprüche gegen dieses Verbot hat der Bundesturnrat mit echt deutscher Manneserzählung zurückgewiesen. „Die lange Haartracht sei bei den Deutschen von jeher ein Zeichen ständlicher Würde gewesen, und sie, die echt deutschen Turner, könnten sich eine Thurneida, eine Königin Luise oder Goethes Mutter nicht im Subitopsi vorstellen.“ Ein anderes Vorbild für die sporttreibende Frau des Jahres 1926 haben diese völkischverherrlichten Sportler nicht. Sie gerufen aber gnädigst, reuigen Sündenrinnen entgegenzukommen, wenn sie Buße tun und dem Subitopsi abschwören. Wenn auch bis zum Bundesturnfest das Haar noch nicht in Thurneidalänge wieder vorhanden sei, so genüge doch der Wille, sich von der „undeutschen Mode“ abzuwenden, um zur Teilnahme berechtigt zu sein.

Wir haben nichts dagegen, daß die bürgerlichen Sportverbände jede fortschrittliche Bewegung in ihren Mitgliederkreisen brutal unterdrücken. Maßnahmen, wie die oben gekennzeichneten, sind besser als vieles andere geeignet, den Mitgliedern bezeichnend zu machen, daß sie in den bürgerlichen Vereinen nur Anhänger reaktionärer Drahtzieher sind.

Radpolospiele.

Vor einiger Zeit wurden die Serienballspiele des Radfahrerbundes „Solidarität“ in Lanfwich ausgetragen. Gemeldet hatten 3 Dreier- und 3 Zweier-Radpolomannschaften und eine Zweier-Radballmannschaft. Die Radballspiele fielen infolgedessen aus. Sämtliche gemeldeten Mannschaften waren zur Stelle. Die Spiele wurden statt ausgetragen, nur müssen die Mannschaften sich mehr Technik aneignen. Die Dreiermannschaft der Ortsgruppe Steglitz hatte ihren schlechtesten Tag, da der Torwart verhängene Bälle durchgehen ließ. Marienfelde I hat im Zweierkampf enttäuscht, da trotz langjähriger Spielstätigkeit gar keine Form gezeigt wurde. Adlershof I wird ihrer zweiten Mannschaft den Bezirksmeister schwer streitig machen können. Die Resultate im Dreierpolo waren: Adlershof II 16 Tore 8 Punkte; Adlershof I 8 Tore 4 Punkte; Steglitz I 10 Tore 0 Punkte. Im Zweierpolo: Steglitz II 7 Tore 6 Punkte; Marienfelde I 9 Tore 4 Punkte; Marienfelde II 7 Tore 2 Punkte. Zum Bezirkssportfest am 21. März in Miems Festhof, Hofenheide, starten im Dreierpolo Adlershof I gegen Adlershof II, im Zweierpolo Steglitz gegen Marienfelde I.

„Welle“ Schwimmfest.

Das Stadtbad Friedrichshagen an der Schillingbrücke erwies sich als zu klein, um die Zuschauer zum Schwimmfest des Schwimmvereins „Welle“ alle zu fassen. Zur Einleitung des Festes sprach eine Schwimmerin, im Wasser liegend, einen Prolog. Die Jugend führte einen gut geschwommenen Fahnenzug vor. Große Anziehungskraft übten seit langem die von den Frauen des Vereins geschwommenen Figurenliegen aus. Der Wert des Schwimmens für das weibliche Geschlecht wird hierbei sehr gut vor Augen geführt. Die Schwimmkonkurrenzen boten alle recht lebhaft Momente, es ist auch hier gutes Material vorhanden. Besonders in dem Jugendschwimmen konnte man sehen, mit welchem Eifer um den Sieg gerungen wurde. Teilweise erreichten die Jugendlichen sehr gute Zeiten. Die Wasserballspiele brachten in der Jugend ein überlegenes Spiel der „Welle“-Mannschaft den Friedrichshagenern gegenüber. Bei Friedrichshagen fehlt allerdings die Übungsmöglichkeit. — Resultat: Welle 10:1. Die Männermannschaften führten ebenfalls Friedrichshagen und Welle zusammen. Beide Mannschaften leisteten reichlich körperliche Arbeit; der Schiedsrichter mußte wiederholt mit Strafwürfen eingreifen. Das Resultat ergab eine Zahl von 8:8. Besonders zu erwähnen sind noch die Vorführungen über die Schwimmlehre und das Rettungsschwimmen.

Ferien und Ferienheime!

Dem größten Teil der Hand- und Kopfarbeiter sind heute die Tore der privaten Erholungsstätten während der Ferienzeit versperrt, weil es ihnen einfach unmöglich ist, die Kosten in derartigen Häusern zu erwandern. In dieser Hinsicht eine Abänderung herbeizuführen, hat sich die Ferienheim-Genossenschaft Naturfreunde e. B. m. b. H. Thüringen zur Aufgabe gestellt. In der kurzen Zeit ihres Bestehens hat die Genossenschaft auf diesem Gebiete schon Hervorragendes geleistet. Sechs Ferien- und Wanderheime sind geschaffen worden, die gegen ein geringes Entgelt den erholungsbedürftigen Arbeiter aufnehmen. Einige weitere Projekte sehen ihrer Verwirklichung zum Frühjahr entgegen. Die Verpflegung ist so geregelt, daß ein jeder je nach seinen Verhältnissen leben kann. Nur gering sind die Kosten, welche an die Genossenschaft zu entrichten sind. Neben einem einmaligen Geschäftsanteil von 10 M. ist ein Einzahlungsbeitrag von 1,50 M. für Groß-Berlin ein laufender Erinnerungsbeitrag von 50 Pf. pro Quartal und Mitglied zu leisten. Die Mitgliedschaft braucht nur der Haushaltungs Vorstand zu erwerben. Die Vorteile in den Heimen kommen dann auch der Ehefrau und Kindern bis zu 16 Jahren zugute. Eine Ferienparke gibt den Mitgliedern Gelegenheit, für die Ferienzeit die notwendigen Mittel zurückzuliegen. Jetzt ist es an der Zeit, für die kommenden Ferien alles vorzubereiten und die Mitgliedschaft zu erwerben. Interessenten wollen sich wenden an Wilhelm Grothe, Plettenbergstraße 10. Bei schriftlichen Anfragen bitten wir Rückporto beizufügen.

Fußballresultate vom 21. Februar.

Bezirk Norden: Spandau 25 ist durch das Spiel gegen Friedr.-Koth endgültig aus der Spitzreihen gestiegen. Bantow 05 konnte gegen Germania ein Unentschieden 0:0 herausziehen. Werdingen 103 des aufgeweckten Koben kein trübseliges Spiel zu. Adler 12 konnte gegen Germania nur knapp mit 3:2 siegreich bleiben. Vellen schlug den Arbeiter-Turnverein Ostrow hoch mit 9:0. Mit 3:0 gewann Eintracht gegen Stöcker. Nur mit großer Mühe konnte Adler 08 gegen Arbeiter-Sportverein 24 mit 2:1 gewinnen. Leutoma vermachte gegen Wader 20 bis zur Pause mit 2:1 zu führen. In der zweiten Hälfte erlangte Wader noch 2 Tore und gewann dadurch mit 3:2. Danke konnte gegen die führenden Tegel mit 3:2 siegreich bleiben. Gimmwacht gewann gegen Brieselona höher mit 3:0. Rintema gewann gegen Union mit 3:1. — **Bezirk Osten:** Das Hauptspiel der Gruppe A sah Strauß gegen Adlershof mit 2:0 als Sieger. Bei Adlershof schloß dem Sturm im entscheidenden Moment der Torhüter. Allerdings ließ der Torwart von Strauß es zu seinem Erfolg kommen. Das Spiel Adlershof schloß Adlershof mit 2:0 als Sieger. Im Schiedsrichteramt unterlag gegen Germania mit 2:3. — **Im Schwaben** schlug Stern des Westens mit 4:1. Reichenh. blieb mit dem hohen Resultat von 4:1 über Schwabersberg. Eine unerwartet hohe Niederlage bekam Charlottenburg von Biforia. 1:9 lautete es am Schluß. Rommes gewann gegen Adlershof mit 3:0. Nur knapp konnte Adlershof gegen Aderswölbe II mit 2:1 gewinnen. Aderswölbe fertigte Rüsse II mit 4:3 ab. Eine 0:5-Niederlage holte sich Aderswölbe V vom Kreuzfurter Fußballklub.

Wasserschwimmen am Ballplatz des Sportvereins „Welle“ am 14. März 1926. Start und Ziel: Wasserpoliplatz Finkensee. Männer: etwa 5 Km. a) Ritt alle. b) Ringer. c) Schwimm. d) Schwimmer. Fußball- und Hockeyspieler usw. Jugend: Jahrgang 06/09 etwa 3 Km. Jahrgang 10/11 etwa 3 Km. Der Lauf wird als Einzellauf mit Mannschaftserweiterung ausgetragen. Je drei Mann eines Vereins werden als Mannschaft erwählt, gleichzeitig weider Klasse sie angehören. Jugendliche Schwimmer, Fußball- und Hockeyspieler usw. starten in ihren Jahresklassen. Als Anfänger ersten Sportgenossen, welche bei einem Mittel- oder Langstreckenlauf noch keinen der drei ersten Plätze belegen können. Als Erstlinge ersten Sportgenossen, welche nach einem Wettkampf teilgenommen haben. Start: Nachmittags 3 Uhr. Startgeld beträgt 20 Pf. Jeder Verein hat einen Komplikator zu stellen; dieselben müssen um 3 Uhr im Umkleekabinett sein. Umkleekabinett: Wollensportplatz Finkensee. Jahresbindung: Straßenbahn Linie 14. Omnibus Linie 24. Ringbahn: Bismarckstr. An allen drei Stellen sind Ordner. Meldungen sind bis 10. März an den Genossen B. Schuler, Quaiw. 105, zu richten.

Wasserschwimmen am Straßenplatz Eichenb.-Schützenhof. Am Sonntag, 11. April, findet zum fünften Male der Straßenwettbewerb Eichenb.-Schützenhof statt. Die Teilnehmer sind: Adlershof, Aderswölbe, Bantow, Biforia, Eintracht und Mannschaftsclub. Startzeit 10 Uhr mit halbstündigem Wechsel. Die Laufstrecke beträgt 12 Km. Start: nachmittags 3 Uhr in Eichenb.-Schützenhof. Einzahlung: 3. April. Startgeld: für Mannschaften 1 M., Einzelspieler 30 Pf. Die Strecke der Laufstrecke und alles weitere geht den Vereinen sofort nach Einigung der Meldungen zu. Meldungen sind zu richten an Franz Sefer, Biforia, Nr. Teltow, Schornhofstr. 90.

Berliner Arbeiter-Schachklub. 20. Mitte: Spielabend jeden Mittwoch bei Herzberg, Lohninger Str. 6, Ecke Gormannstraße. Anfängerkurse werden nach Bedarf eingerichtet.

Freie Turnerschaft Adlershof-Friedrichshagen. Mittwoch, 24. Februar, Turnhalle in der Schreibersburg Straße, 8-10 Uhr. Aufkommenern aller Teilnehmer (Männer und Frauen) zum Bezirkswettkampfen. Komplikator erwählen mit.

Sportliche Vereinigung Adlershof-Friedrichshagen e. B. m. b. H. Mittel des ATTB. 26. Februar in der Turnhalle Adlershof. Winterschwimmfest. Offizieller Kampfabend im Ringen und Schen. Die 2. Mannschaft im Schen wird gegen die 1. Mannschaft der Sportvereinsgruppe Rad-Bell antreten. Im Ringen treten sich die 1. Mannschaft der Vereinigung und die 1. Mannschaft des Sportclubs Berlin gegenüber. Anfangs 7 1/2 Uhr.

Freie Turnerschaft Adlershof-Friedrichshagen e. B. m. b. H. Mittel des ATTB. 26. Februar in der Turnhalle Adlershof. Winterschwimmfest. Offizieller Kampfabend im Ringen und Schen. Die 2. Mannschaft im Schen wird gegen die 1. Mannschaft der Sportvereinsgruppe Rad-Bell antreten. Im Ringen treten sich die 1. Mannschaft der Vereinigung und die 1. Mannschaft des Sportclubs Berlin gegenüber. Anfangs 7 1/2 Uhr.

Leichtathletik-Vereinigung des 1. Kreises M.-L. u. Sp.-A. Freitag, 26. Februar, 7 1/2 Uhr. Vortrag eines russischen Keratin im Gefängnis der Schule Weimarerstr. 16/17. „Sportärztliche Beratung in der Sowjet-Union“.

Freie Turnerschaft Adlershof-Friedrichshagen e. B. m. b. H. Mittel des ATTB. 26. Februar in der Turnhalle Adlershof. Winterschwimmfest. Offizieller Kampfabend im Ringen und Schen. Die 2. Mannschaft im Schen wird gegen die 1. Mannschaft der Sportvereinsgruppe Rad-Bell antreten. Im Ringen treten sich die 1. Mannschaft der Vereinigung und die 1. Mannschaft des Sportclubs Berlin gegenüber. Anfangs 7 1/2 Uhr.

Nach Coué spricht am Abend vor dem Einschlafen:

„Mit jedem Tage geht es mir in jeder Hinsicht besser und besser. Ich nehme täglich Biomalz, und es geht mir tatsächlich immer besser und besser.“



Biomalz ist ein außerordentlich wirksames, dabei billiges Nähr- und Kräftigungsmittel. Man blüht dabei förmlich auf. Preis einer Dose Biomalz 1.90 M. Zu haben in Apoth. u. Drogerieblg. Drucksachen kostenfrei von Gebr. Paternmann, Teltow-Bln. 10.

Ringpolitik gegen Preissenkung.

Theorie und Praxis beim Verband Deutscher Maschinenbauanstalten.

Die verfloßene Luther-Regierung hat bekanntlich ihrer gleichnamigen Nachfolgerin einen Gesetzentwurf hinterlassen, der neben den Preisabreden der Innungen auch die Ringbildung der Fabrikanten und Kartelle bei öffentlichen Vergabungen bekämpfen will. Nun glaubt wohl niemand, daß das Luther-Kabinett den Unternehmern und den Kartellen wehtun wollte. Das neue Kabinett beabsichtigt jedoch, auch dem Gesetz zur Förderung des Preisabbaues jenes Begränis erster Klasse zu bereiten. Der Verein Deutscher Maschinenbauanstalten hätte es also kaum nötig, wie er es in einer Denkschrift gegen die Bekämpfung der Ringbildung bei Vergabe von Lieferungen nach dem Preisabbaugesetzentwurf tut, mit Kanonen nach Spanien zu schießen.

Preissenkung — „Wie ich sie auffasse“.

Aber die Beweisführung dieser Denkschrift ist doch zur Beurteilung dessen, was der VDMB. über die Notwendigkeit der Preissenkung theoretisch mehrfach vertreten hat, außerordentlich interessant. Die Notwendigkeit der Preissenkung in der Theorie zuzugestehen und Betriebsrationierung und Zusammenflüsse zu empfehlen, ist der VDMB. bereit. Er gefällt sich auch darin, Dummheiten der Zoll- und Handelspolitik, wo sie ihm schaden, als solche zu kennzeichnen und den freien Wettbewerb, wo er ihm nützt, zu fordern. Preissenkung und freier Wettbewerb dürfen aber praktisch nur so herrschen, wie sie der VDMB. auffaßt, dafür ist die Denkschrift ein deutlicher Beweis. Wehe nämlich jeder Preissenkung und jeder freien Konkurrenz, die eine Stärkung der Käuferposition der Abnehmer der Maschinenindustrie beabsichtigt. Da versteht der VDMB. seinen Spatz. Da werden von dem Schutz der öffentlichen Aufträge gegen Ringbildung alle privaten und sogar die ausländischen Bestellungen betroffen, den Lieferanten wird die wirtschaftliche Bewegungsfreiheit geraubt, die Reichsverfassung (Vereinigungsfreiheit!) wird verletzt, die Steigerung der Qualität der Produktion wird bedroht, der Rationalisierungsprozeß der Industrie wird gefährdet, der Gesetzentwurf wirkt preisfeindlich und krisenverschärfend, für die Arbeiterklasse bedeutet er gar die künstliche Wiederbelebung des abgeschafften Zuchtparasiten gegen Streikposten und schließlich zwingt er sogar die Maschinenindustrie gegen ihren Willen zur Syndikats- und Trustsbildung. Es ist schwerstes Geschick, das da zur Wahrung der heiligsten Rechte der Maschinenindustrie aufgeföhren wird.

Was könnte das Gesetz bringen?

Worum handelt es sich in dem Gesetzentwurf praktisch? Wer Aufträge vergibt, soll dieselben Vorteile haben wie der, der sie ausführt. Wenn die Lieferanten Preis- oder sonstige beschränkende Abreden untereinander getroffen haben, so soll der Besteller von diesen Abreden wissen, damit er eventuell Angebote von Lieferanten einholen kann. Wenn die Angaben falsch oder unvollständig sind, dann soll der Besteller ein Rücktrittsrecht von der Bestellung haben oder bis 15 Proz. des Preises abziehen dürfen. Wer endlich einen anderen von der Bestellung von Ausschreibungen abhält oder zugunsten eines Dritten ungünstigere Angebote veranlaßt, soll mit Geldstrafe oder Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft werden. Man sieht, das Gesetz könnte tatsächlich ein Mittel zur Förderung der freien Konkurrenz bei öffentlichen Aufträgen sein und ein Mittel zur nachdrücklichen Beeinflussung des Preisniveaus. Dem schweren Krebsgeschaden der ganzen deutschen Industrie der in der Inflationszeit treibhausartig gezeuhten Kartellwirtschaft, von der ein so mächtiger Konkurrent wie z. B. die Vereinigten Staaten durch das Shermangesetz bis heute noch frei ist, könnte nachdrücklich bekämpft werden. Es bedürfte nur der richtig durchgreifenden Hand zur Ausführung des Gesetzes, um den Kartellterror und den Kartellwucher betart zurückzuschneiden, daß Kartelle auch Diener, nicht nur Verdienner an den Bestellern sind. Zweifellos liegen nun in Deutschland die Dinge heute so, daß

derartige Maßnahmen nötig wären! Wenn nämlich die Rationalisierungsbestrebungen der Industrie einen volkswirtschaftlichen Nutzen haben sollen, dann muß entweder bei gleichen Preisen höhere Qualität oder die gleiche Qualität bei niedrigeren Preisen geliefert werden. Anders ist die Steigerung der Konkurrenzfähigkeit und des Absatzes nicht zu erreichen. Anders ist auch die Senkung der Betriebskosten und durch erhöhte Beschäftigung bei höheren Löhnen die Steigerung der Inlandskraft nicht zu erreichen. Dem steht aber von vornherein jedes Kartell, ob Konsortien- oder Preisregelungskartell, entgegen. Gegen Uebergriffe der Rohstoffsyndikate gibt es kein anderes Mittel als Staatskontrolle; die Nachstellung der Trusts aber, wo sie kein Monopol ausüben, verfehlt keineswegs gegen den Grundgedanken der Konkurrenzfreiheit. Wenn die Maschinenindustrie unter ihnen leidet, so hat sie die Möglichkeit, ihr politisches Gewicht für die Verschärfung der staatlichen Syndikatskontrolle einzusetzen und gegen die Nachstellung der Trusts durch Bekämpfung der Schutzollpolitik die Außenleiterkonkurrenz zu fördern. Das gilt auch für den Fall, daß die Kartellstätigkeit zur Schadensminderung der Syndikats- und Truststeuerung für die Maschinenindustrie notwendig wäre. Wenn die Rohstoffsyndikate und Trusts bei der Bekämpfung der Ringbildung in eine Vorzugsstellung kämen, wie der VDMB. behauptet, so spricht das noch lange nicht zugunsten der Kartelle und gegen die Bekämpfung der Ringbildung, sondern ausschließlich gegen die bisherige Politik der gesamten Maschinenindustrie, die Arm in Arm mit den Syndikaten und Trusts durch die Schutzollpolitik die Auslands- und Außenleiterkonkurrenz ferngehalten hat.

Es ist auch durchaus abwegig, die Rationalisierung der Betriebe durch die Förderung der Publizität von Kartell- und Ringvereinbarungen für gefährdet zu erklären. Im Gegenteil, eine Rationalisierung, die durch Ringvereinbarungen, die Preise festlegt und hochhält, verfehlt ihr Ziel, weil sie zum Zweck einer künstlich erhöhten Rentabilität die Besteller gewissermaßen mit einer Rationalisierungssteuer bedrückt, die die Kaufkraft der Besteller herabdrückt und mit der Abfederung der Industrie auch das Tempo der Rationalisierung hemmt.

Schutz der öffentlichen Auftraggeber.

Das alles gilt in besonderem Maße für den Staat und die Gemeinden als Verwaltungskörper und als Unternehmer, wenn sie Aufträge vergeben. Heute, wo Staat und Gemeinden viel größere Besteller sind als jemals in der Vorkriegszeit, muß verhindert werden, daß der gegenseitige Schutz der Industriellen durch Ringbildung den öffentlichen Bedarf zur mekenden Ruh macht. Staat und Gemeinden als Besteller sind in einer noch viel schwächeren Position als jeder private Besteller, weil ihnen die Heranziehung ausländischer Außenleiterkonkurrenz aus politischen Gründen meist verschlossen ist, weil sie in den meisten Fällen zur öffentlichen Submission gezwungen sind und weil bei dem großen Umfang jeder Bestellung sich für jedes Angebot eine Ringvereinbarung durchführen läßt. Der Staats- und Gemeindebedarf unterliegt so sehr leicht einer besonderen inneren Besteuerung durch die Industrie. Man erinnere sich nur der organisierten Beutelschneiderei des Deutschen Eisenhauerverbands in der Vorkriegszeit, über die wir vor einigen Wochen noch berichtet haben.

Wenn sich daher heute der VDMB. mit so gewaltigem Aufwand gegen die Ringbildungs- und Publizitätsbestimmungen des Preisabbaugesetzes wendet, so verrät er mehr, als er vielleicht möchte. Er verrät, daß ihm die Position seiner Verbände und Kartelle, die künstliche, wenn auch gesamtwirtschaftsschädliche höhere Preisstellung wichtiger ist als eine wirklich vernünftige, nur auf Betriebsvollauf durch Absatzsteigerung bedachte Rationalisierung, in die niedrigste Preise und damit auch der Schutz der Besteller absolut hineingehören. Für die Achtung, die der VDMB. sich manchmal durch seine Denkschriften erworben hat, ist diese Denkschrift jedenfalls kein Ruhmesblatt.

genommen und 1069 schieden aus, so daß die ganze Verminderung nur 22 Hauptunterstützungsempfänger ausmacht. Aus diesen Zahlen sieht man, daß auf dem Arbeitsmarkt eine ziemliche Fluktuation herrscht. Auf der einen Seite wird abgebaut, auf der anderen Seite wieder aufgebaut, immerhin ein Zeichen für eine gewisse Belebung. Der neue Zugang kommt immer noch aus der Eisen- und Stahlindustrie. Die Vermittlungstätigkeit der Arbeitsnachweise ist im allgemeinen recht gering, und wo sie etwas zugenommen hat, fällt die Steigerung nicht ins Gewicht. Die im Regierungsbezirk Düsseldorf seit dem 12. Februar neu genehmigten Stilllegungen betreffen 3800 Arbeitnehmer, darunter ist Düsseldorf mit 1300, M.-Gladbach mit 1650 und Solingen mit 600.

Abschluß der größten Agrarhypothekbank. Preussische Zentralbodenkredit A.-G. Berlin.

Das große Interesse an Goldpfandbriefen und -obligationen und das alleseitige Hervorheben der steigenden Spartätigkeit lassen leicht übersehen, um wie minimale Beträge es sich dabei handelt. Bei der größten deutschen Hypothekbank, der Preussischen Zentralbodenkredit A.-G., betrug der Gesamtumsatz an Goldpfandbriefen und -obligationen Ende 1924 $\frac{1}{27}$, Ende 1925 $\frac{1}{14}$ von 1913 (69 Millionen gegen 976 Millionen). Es ist natürlich, daß die Hypothekbank die Förderung der Spartätigkeit wünscht. Aber der Geschäftsbericht der Zentralbodenkredit A.-G. zeigt auch für die Hypothekbank, was für die Kreditbanken längst erkannt ist, daß ihre eigene Geschäftspraxis der Kapitalneubildung hindernd im Wege steht. Es wird nämlich heute, bei höherem Zinsfuß als vor dem Kriege für ein im Verhältnis zum Pfandbrief- und Obligationenumsatz noch $2\frac{1}{2}$ mal so großes Kapital eine Dividende verlangt, die die Hypothekbanker natürlich aufbringen müssen. Wie der Industrie und den Kreditbanken, muß man daher auch den Hypothekbanken mit Mißtrauen begegnen, wenn sie einseitig die Steuerlasten, nicht aber auch ihre hohen Dividendenansprüche für die Schwierigkeiten im Wirtschaftsleben verantwortlich machen. So muß man auch die Forderung der Zentralbodenkredit A.-G. ablehnen, die Kapitalertragssteuern zu beseitigen, um die Spartätigkeit zu fördern. Einmal könnten die Hypothekbanken die Ersparnisbildung und die Hypothekfähigkeit der Wirtschaft fördern, wenn das Darlehns- und Emissionsgeschäft weniger hohe Ausschläge für die Dividendenzahlung erforderte. Sodann müßte der Staat den Ertrag der aufzubehaltenden Kapitalsteuern so oder so aus dem Einkommen der Steuerzahler nehmen, wodurch diese dann einfach nicht zum Sparen kämen. Wie wenig es auch richtig ist, daß allein die Steuerpolitik die Blutleere der Wirtschaft verursacht, wie der Geschäftsbericht zur Begründung des mangelhaften Pfandbriefabfahses ausführt, zeigt die Tatsache, daß im Januar dieses Jahres den Hypothekbanken die Pfandbriefe aus der Hand gerissen worden sind, obwohl sich zu diesem Zeitpunkt in den Steuerlasten noch nichts geändert hatte. — Die vorsichtig aufgemachte Bilanz zeigt einen Reingewinn von 1,20 (1924: 0,85) Millionen. Die Verwaltungskosten sind um fast 50 Proz. höher (968 000 gegen 678 000 M.). Der Roggenpfandbriefumsatz hat um 222 000 Zentner ab-, der Goldpfandbrief- und -obligationenumsatz um 39,87 Millionen Mark zugenommen (Bestände: 974 439 Zentner und 61,98 Millionen Mark). An eigenen Pfandbriefen lagen Ende 1925 5,52 Millionen (2,02) im Depot; die große Nachfrage im Januar d. J., die auch die Kurse beträchtlich hochtrieb, führte zur restlosen Abstoßung dieser Bestände. Der Landwirtschaft wurden 21 Millionen in neuen Hypotheken zugeführt. In einem Zwangsverkauf der belehnten Grundstücke kam es bei keinem der Hypotheknehmer, was die schon bei der Bayerischen Hypothek- und Wechselbank gemeldete Beobachtung unterstreicht, daß die Lage der Landwirte immer schwarzer gezeichnet wird als sie ist. Die Dividende beträgt 8 Proz. gegen 6 Proz. im Vorjahr. Ueber den Prozentsatz der Entschädigung der Papierpfandbriefgläubiger aus der Teilungsmasse kann wegen der Schwierigkeiten der Nachaufwertung und der Rückaufwertung vor Ende 1926 noch nichts gesagt werden. Die Bank hofft, 1927 die Hauptaufwertungssummen den Gläubigern in Goldpfandbriefen auszahlen zu können.

Erfolg der 6-prozentigen preussischen Schahanweisungen. Auf die für drei Jahre von der preussischen Finanzverwaltung ausgegebenen 30 Millionen 6-prozentigen preussischen Schahanweisungen sind allein bei der Preussischen Staatsbank, bei der als Hauptabnehmer der Schahanweisungen Sparkassen, Girozentralen und Landesbanken in Frage kommen, insgesamt Kaufanmeldungen für rund 76 Millionen eingegangen.

Die Altbesitzanmeldedfrist bis 31. März verlängert. Die Anmeldung des Altbesitzes an aufwertungsberechtigten Reichsanleihen sollte bekanntlich am 28. Februar ablaufen. Der Reichsfinanzminister hat die Frist nunmehr bis zum 31. März verlängert. Mit dem 31. März läuft die Anmeldefrist endgültig ab. Eine weitere Verlängerung ist ausgeschlossen. Auch die Anleihegläubiger, die ihre Anleihen bei Banken oder Sparkassen deponiert haben, müssen für die rechtzeitige Anmeldung Sorge tragen. Die Banken und Sparkassen kennen häufig die Altbesitzanmeldung der Anleihen nicht oder haben nicht die nötigen Belege für die Begründung des Altbesitzcharakters. Es wird sich daher empfehlen, über die erfolgte Anmeldung sofrast zu wachen.

Eine künftige Stadtanleihe. Ein Konsortium von Privatbanken veröffentlicht einen Prospekt, in dem zur Zeichnung einer 5-Millionen-Anleihe der Stadt Nürnberg aufgefordert wird. Der Zweck der Anleihe ist die Erweiterung der städtischen Straßennbahn und der Ausbau des Schlachthofes. Die Obligationen sind mit 8 Proz. verzinslich, der Zeichnungspreis beträgt 87 Proz. des Nennwertes der Stücke von 100 bis 2000 M. aufwärts. Die Anleihe läuft auf 25 Jahre und ist bis zum Jahre 1931 unkündbar. — Auffällig ist für die heutigen Zinsverhältnisse der niedrige Zeichnungspreis, der für die Stadt Nürnberg eine Rückstverzinzung von mehr als 9 Proz. bedeutet, eine Zinslast, die bedeutend höher ist als die Zinslast der letzten kommunalen Auslandsanleihen. Die Zinslast erhöht sich noch, weil der Erlös aus der Anleihe für die Stadt Nürnberg noch um die

Arbeitsmarkt und industrielle Beschäftigung. Ist die Krise auf dem Höhepunkt angelangt?

Im Bericht des Landesarbeits- und Berufsamts der Rheinprovinz, das mit Erfolg bemüht ist, die Vorgänge am Arbeitsmarkt seines Bezirkes der volkswirtschaftlichen Krise nutzbar zu machen, finden sich folgende interessante Ausführungen:

Man sucht den Horizont nach Anzeichen ab, die auf eine Willeberung der Wirtschaftskrisis schließen lassen. Wie unten ausgeführt, bietet der Arbeitsmarkt in der Rheinprovinz noch wenig Anhaltspunkte dafür, daß die Konjunktur sich bessert. Es ist dabei aber zu berücksichtigen, daß die Bewegungen der Wirtschaft sich auf dem Arbeitsmarkt erst mit einiger Verspätung geltend machen. Ferner dürfen folgende Gesichtspunkte nicht außer Betracht gelassen werden. Man hat sich daran gewöhnt, die Lage des Arbeitsmarktes von der negativen Seite aus, nach der Zahl der unterstützten Erwerbslosen, zu beurteilen. So betrachtet, gibt der Arbeitsmarkt kein ganz richtiges Bild von dem Umfang der Wirtschaftskrisis. Richt man den Arbeitsmarkt nicht nach der Zahl der Erwerbslosen, sondern von der positiven Seite her an der Zahl der Beschäftigten nach der Krankenkassenstatistik, so ist er nicht unbeträchtlich besser als nach der Erwerbslosenstatistik. Das liegt daran, daß die Zahl der Erwerbstätigen zugenommen hat. Ebenso erscheint die Wirtschaftskrisis weniger scharf als die Arbeitsmarktkrisis, wenn man die wirtschaftliche Tätigkeit in Industrie und Handel an der Wagenstellung der Reichseisenbahn, also an dem Güterverkehr, mißt. Sie beträgt im Dezember und Januar 97,5 Proz. im Vergleich zum Vorjahre. Die Kohlenförderung des Ruhrgebietes beträgt im Januar und in der ersten Februarwoche 91 Proz. der Förderung in der gleichen Zeit des Vorjahres, dagegen ist der Arbeitsmarkt des Bergbaues erheblich mehr zurückgegangen. Die Kohleenerzeugung im Januar 1926 in Rheinland und Westfalen beträgt rund 75 Proz. der Erzeugung

im Januar 1925. Die Belegschaft der Hüttenwerke hat sich aber um mehr als ein Viertel vermindert. Für die verarbeitende Industrie fehlen die Produktionsziffern. Auch hier ist anzunehmen, daß die Beschäftigung an der Erzeugung gemessen besser ist, als nach der Statistik der Erwerbslosigkeit. Diese Unterschiede erklären sich aus einer doppelten Ursache. Einmal sind zahlreiche Personen durch die Teuerung und die Einkommensminderung gezwungen, erwerbstätig zu sein, die es vor dem Kriege nicht oder nicht mehr waren — auch die Verminderung des stehenden Heeres ist hier zu nennen. — Viele Personen drängen sich in den Arbeitsmarkt der Arbeiter und Angestellten und damit ganz besonders in die Erwerbslosenfürsorge hinein. Wir hatten in dem letzten Jahre ohne Zweifel eine Ueberdeckung des Arbeitsmarktes mit Arbeitskräften, die zurückgebildet wird. Zum anderen zeigt sich in den Unterschieden zwischen Produktionsstatistik und der Statistik der Erwerbslosigkeit jedenfalls zu einem Teil eine Wirkung der rationelleren Betriebsführung und Ersparnis von Arbeitskräften. So erklärt es sich, daß die Arbeitsmarktkrisis die Wirtschaftskrisis größer erscheinen läßt. Der Arbeitsmarkt steht unter dem doppelten Druck des Abbaues der Ueberdeckung und der technischen und organisatorischen Rationalisierung.

Die Gesamtzahl der Erwerbslosen in der Rheinprovinz ist zwar seit dem 1. Februar um rund 4500 Hauptunterstützungsempfänger auf 265 500 am 15. Februar zurückgegangen. Diese Besserung liegt in den ersten Februarwochen. Gegenwärtig ist nach den Meldungen der Arbeitsnachweise die Besserung wieder zum Stillstand gekommen. Soweit eine Besserung des Arbeitsmarktes durch den Einfluß der Jahreszeit eintritt, wird sie aufgehoben durch die Verschlechterung infolge weiterer Einschränkung der Industriebetriebe. Im Arbeitsnachweisbezirk Düsseldorf z. B. betrug in der letzten Zeit der tägliche Zugang an Arbeitssuchenden 120—150 Personen, und die Arbeitssuchenden verminderten sich etwa um die gleiche Zahl. In der letzten Woche wurden 1091 Personen in Düsseldorf in die Erwerbslosenunterstützung auf-

Nimm zum Kochen Braten u. Backen

Palmin

das feine, reine Cocos-Speisefett

Zwei Freunde.

Von Maxim Gorki.

Uebersetzt von Gertrud Haase.

Der eine hieß der Schnadler, der andere der Pfiffer. Ihrer Profession nach waren sie Diebe. Draußen vor der Stadt hausten sie in einem Weiler, der weitläufig in einer Mulde lag, in einer der elenden Hütten aus Lehm und halbsaurem Holz, die wie ein Haufen Unrat ausahen, den man in der Hohlweg geworfen hatte. Stehlen gingen sie in das nahe Dorf bei der Stadt, weil es in der Stadt selbst gar zu schwierig, im Weiler aber bei den Nachbarn nichts zu holen war.

Sie waren beide scheue und zurückhaltende Burschen. Hatten sie einmal irgendwo ein Stück Stoff, einen Rock oder ein Beil, ein Geschloß, ein Hemd oder ein Huhn erwischt, so kamen sie lange nicht mehr in das Dorf, wo ihnen der Gang gelungen war. Aber wie schlau sie es auch angingen, die Bauern bei der Stadt kannten sie ganz genau und drohten, sie das nächste Mal tot zu schlagen. Doch diese Gelegenheiten bot sich den Bauern nicht und die Knochen der beiden Freunde blieben heil, obgleich sie nun schon seit sechs Jahren die Drohungen der Bauern mitanhörten.

Der Schnadler war ein Biergäher von langer, getrümmter Gestalt, mager und sehnig. Er ging daher den Kopf zur Erde, die langen Hände auf dem Rücken, mit weilen bedächtigen Schritten, ständig die verkniffenen scharfen Augen ruhelos nach allen Seiten. Das Kopfhaar trug er kurz, das Kinn rasiert und über den Mund hing der dicke, schwarzgraue Soldatenknurrbart, der ihm ein finsternes und struppiges Aussehen gab. Sein linkes Bein schien verrenkt oder gebrochen und war so gekrümmt, daß es länger als das rechte war. Wenn er es beim Gehen hoch hob, so schlenkerte er es in die Höhe und zur Seite und diesem sonderbaren Gang verbanfte er seinen Spitznamen.

Der Pfiffer war etwa fünf Jahre älter als sein Kamerad, kleiner und breiter in den Schultern. Aber er hustete häufig und höhl und sein knochiges Gesicht, von einem ergrauten schwarzen Bart umrahmt, trug eine gelbe kränkliche Haut. Seine großen schwarzen Augen schauten ständig auf alles schuldberühmt und sanft. Beim Gehen hielt er immer die dicken Lippen gespißt und pfliff leise irgend ein Lied, einformig und traurig, immer dieselbe Melodie. Auf seinen Schultern hing irgend ein dunkler Lappen, der ehemals ein walriertes Rock gewesen sein mochte. Der Schnadler dagegen trug einen langen grauen Kaitan, der von einem Gurt zusammengehalten wurde.

Der Pfiffer war Bauer gewesen, sein Freund war der Sohn eines Küsters, eines ehemaligen Lakaien. Man sah sie ständig bei einander und die Bauern sagten, wenn sie die beiden kommen sahen: „Da sind wieder die Kumpans! Rechnet euch in acht!“

„O, meh, die Spighuben!“

„Wann wird die der Teufel holen?“

Aber die beiden Freunde gingen auf irgend einem Seitenweg und vermeiden mit vorchtigen Blicken jede Begegnung. Der Pfiffer hustete und pfliff sein Lied und das Bein seines Kameraden schlenkerte in der Luft, als wolle es sich von seinem Herrn losreißen und von dem gefährlichen Pfode fliehen. Oder sie lagen irgendwo am Waldestrand, im Graben oder Roggen und unterhielten sich leise, wie sie irgend etwas stehlen könnten, um nicht zu verhungern.

Im Winter geht's auch den Wölfen schlecht, denen doch der Herrgott bessere Waffen zum Kampf ums Dasein mitgegeben hat als so zwei Freunden, sogar den Wölfen geht's im Winter schlecht. Mager und hös von Hunger streifen sie umher und wenn man sie auch totschlägt, sie fürchten sich nicht: sie haben ja Klauen und Zähne und vor allem, es schlägt kein Mitleid in ihren Herzen.

Im Winter ging's den beiden Freunden schlecht. Oftmals gingen sie in die Stadt, um am Abend auf der Straße zu betteln, wobei sie sich hüten mußten, der Polizei in die Finger zu geraten. Nur selten gelang es ihnen etwas zu stehlen. In den Dörfern war es mühsam zu gehen, weil es kalt war und im Schnee die Spuren zurückbleiben. Darum hatte es keinen Sinn, die Dörfer zu besuchen, die zudem bis oben verschneit und verschlossen waren. Der Winter mit seinem strengen Kampf mit dem Hunger kostete den beiden Kameraden viel Kraft und wohl niemand erwartete den Frühling mit heißerer Sehnsucht als sie.

Und endlich kam der Frühling! Die beiden Freunde, krank und abgezehrt, krochen aus ihrem Erdloch hervor und schauten mit frohen Blicken über die Felder, wo der Schnee jeden Tag schneller schmolz und schon braune Stellen sich zeigten, die Pfützen in der Sonne spiegelten und lustig die Vögelchen rauschten. In unendlicher Güte liebkoste die Sonne die Erde und die beiden Freunde wärmten sich in ihren Strahlen und fragten sich, wie schnell wohl die Erde abtrocknen würde und wann endlich man wohl wieder in die Dörfer werde gehen können, um zu mausen. Oft weckte der Pfiffer, der an Schloßlosigkeit litt, seinen Freund am frühen Morgen und rief ihm strahlend zu:

„He, steh auf! Die Krähen sind da!“

„Sind sie schon da?“

„Bei Gott, hörst du, wie sie krächzen?“

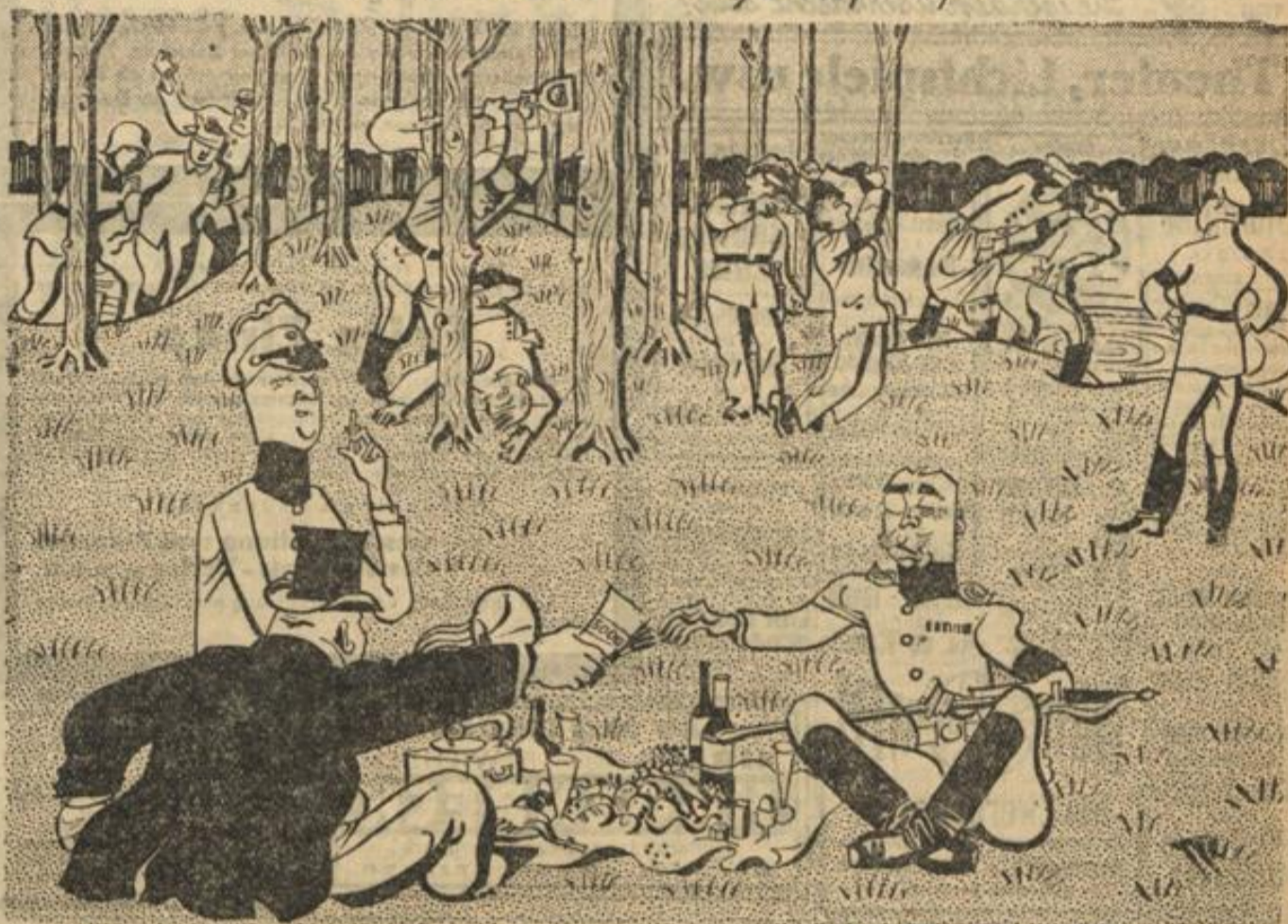
Sie kamen aus ihrer elenden Hütte hervor und schauten lange und aufmerksam zu, wie die schwarzen Frühlingsboten neue Nester bauten und die alten wieder in Stand setzten und dabei die Luft mit ihrem geschäftigen Lärm erfüllten.

„Jetzt müssen die Lerchen kommen,“ sagte der Pfiffer und begann an einem alten, halbverfaulten Reiz zu sitzen.

Und die Lerchen kamen. Die beiden Freunde gingen hinaus und stellten auf einem der braunen Flecke die Rege auf. Dann ranneten sie nach und schmutzig über die Felder und jagten unter das Reh die hungrigen und vom langen Flug ermüdeten Vögel, die auf der Leuchte, eben erst vom Schnee befreiten Erde nach Nahrung suchten. Hatten sie dann ein paar Vögel gefangen, so vertauften sie diese für fünf oder zehn Kopelen das Stück. Dann kamen die Brennesseln, die sie lamellen und auf den Markt zu den Gemüseweibern brachten. Fast jeder Tag im Frühling schenkte ihnen etwas Neues, einen neuen, wenn auch geringen Verdienst. Sie verstanden aus allem Nutzen zu ziehen: Weidenruten, Sauerampfer, Champignons, Erdbeeren, Pilze — nichts kam ihnen aus. Wenn die Soldaten Schießübung machten, wählten die beiden Freunde hinterher in den Wäldern nach den Kugeln, die sie dann für zwölf Kopelen das Pfund vertauften. All diese Möglichkeiten ließen die beiden zwar nicht Hungers sterben, aber nur selten genossen sie das Gefühl der Sättigung, jenes angenehme Gefühl eines vollen Magens, der in heißer Arbeit die genossenen Speisen verdaut.

Einmal im April, als die Bäume die ersten Knospen trugen und die Wälder in blauer Dämmerung lagen, auf der braunen fetten

Discretion — Ehrensache.



„Die Namen der Geldgeber werden nicht genannt, solange es in Deutschland für unrühmlich gilt, etwas fürs Vaterland zu tun —“ sagt Herr v. Oppen im Untersuchungsausschuß.

Erde aber von der Sonne übergossen das erste Grün sich zeigte, gingen die beiden Freunde auf der Landstraße und rauchten ihre selbstgemachten Zigaretten aus schlechtem Tabak.

„Du hustest aber jetzt immer mehr,“ warnte der Schnadler seinen Kameraden.

„Da pfeif ich drauf! . . . Wenn mich jetzt die Sonne ordentlich durchwärmt, lech ich schon wieder auf.“

„hm, hm, . . . Aber vielleicht solltest du doch lieber ins Krankenhaus gehen.“

„Nu, was soll ich da? Wenn ich schon sterben muß, sterb ich auch so.“

„Ja, das ist wahr.“

Sie gingen an den Birken zur Seite der Straße vorüber, die die feinen Schatten ihrer dünnen Zweige auf die beiden warfen. Die Spoken hüpfen mit lebhaftem Gemurmel auf der Straße.

„Du gehst auf einmal so schlecht,“ sagte nach einer Pause der Schnadler.

„Das kommt daher, weil es mich immer so würgt,“ erklärte der Pfiffer. „Die Luft ist jetzt so dick und feucht, eine fetter Luft. Nu, und da fällt es mir halt schwer, sie zu schlucken.“

Und er blieb stehen und fing an zu husten.

Der Schnadler stand rauchend dabei und schaute ihn mit einem unbestimmten Blick an. Der Pfiffer wurde vom Husten geschüttelt, er rieb sich mit den Händen die Brust und sein Gesicht wurde ganz blau.

„Das hat böse die Lunge gebeutelt,“ sagte er, nachdem er mit Husten aufgehört hatte.

Und sie gingen weiter und schenkten die Spoken auf.

„Jetzt schieben wir nach Muchina,“ begann der Schnadler wieder, indem er seine Zigarette fortwarf und ausspuckte. „Wir wollen hinten bei den Höfen herum, vielleicht erwischen wir was. . . Lonn gehen wir weiter durchs Bleiwäldchen auf Kusmettschicha zu. . . Son Kusmettschicha biegen wir nach Martowka um . . . und dann heim.“

„Es werden dreißig Werst Weg sein,“ sagte der Pfiffer.

„Hoffentlich ist's nicht umsonst.“

Zur Rechten der Straße zog sich ein Wald hin, einformig und düster. Kein einziges grünes Fleckchen in den kahlen Zweigen, das dem Auge wohlthat. Am Waldrand irrie ein kleines struppiges Pferdchen mit eingefallenen Flanken, dem die Rippen wie Fahrreifen aus dem Bauche standen. Die beiden Freunde blieben von neuem stehen und schauten lange zu, wie es von einem Stein auf das andere trat, den Kopf zur Erde bog und die bleichen Gräser sorgsam mit den gelben Zähnen rupfte. (Fortsetzung folgt.)

Tiere, die Werkzeuge benutzen.

Von Willy Weg.

Eine der schwersten Aufgaben, wie und wo man sie auch immer anzupacken verliert, ist es, eine scharfe Grenze zwischen Mensch und Tier zu ziehen. Bedinglich im Gebrauch und Besitz des Feuers ist eine solche vorhanden, überall sonst, selbst in Hinsicht auf die Sprache, ist nur ein mehr oder weniger breiter Grenzsaum festzustellen. Dies gilt auch für den vielgerühmten Werkzeuggebrauch des Menschen. Man darf sich hierbei, wo es darauf ankommt, Werkzeuggebrauch bei Tieren festzustellen, natürlich unter „Werkzeug“ nicht gleich Drehbänke und Latkolben vorstellen, ebensowenig, wie man bei „Waffe“ gleich an automatische Browningspistolen denkt. Werkzeug ist es vielmehr schon, wenn irgendein Lebewesen gleich welcher Art zu irgendeinem Zweck einen Gegenstand benützt, der nicht zu seinem Körper gehört. Wenn also z. B. ein Affe — jeder macht es vor — mit einem Stein harte Rüsse aufhaut. Ad und zu wird solch ein einfaches Werkzeug auch einmal zur Waffe, indem es mit unheimlicher Treffsicherheit irgendjemand an den Kopf schießt. Bei den heimischen Schuppentischen, die Beutetierchen mit Wassertropfen von Uferpflanzen herunterspucken, und unserem Ameisenlöwen, der mit Sandkörnern nach Insekten wirft, die seinem Sandtrichter zunähe kommen, ist das Werkzeug sogar ganz und gar zur Waffe geworden.

Affen benutzen auch abgebrochene Äste und Rohre als Werkzeuge (und als Waffen), wenn sie damit nach Früchten schlagen. Prof. Heck erzählt sogar einen noch interessanteren Fall aus der

Menschenaffenbeobachtungsstation auf Teneriffa. Dort schlug ein Schimpanse mit einem Rohr nach Bananen, und als sich eins der Rohrstücker als zu kurz erwies, verlängerte er es durch Hineinstecken eines dünneren Endes.

Noch eine andere Erfindung ist beim Aushacken von einem anderen Tier gemacht worden. Und zwar durch den schwarzen Ararakafadu von Reuginea, der harte Rüsse aufmacht, indem er sie mit dem Schnabel erst auflagt und dann gewaltsam aufbricht. Damit die glatte Rufe aber nicht zu oft entgleitet, umwickelt er sie vorher mit einem Blattstück. Unser Buntspecht hat einen ähnlichen Kniff. Um Niesernageln leichter auseinander haften zu können, klemmt er sie in Astlöcher oder Holzspalten. Oft haßt er sogar noch diese Klemmen zurecht oder mehelt sie extra zu diesem Zweck in das Holz ein.

Das Werkwürdigste in dieser Beziehung liefern aber die auf Ceylon lebenden Decophila-Ameisen. Sie legen nämlich ihre Nester auf Bäumen an, wo sie die Blätter, ohne sie abzuschneiden, zu großen Klumpen zusammenspinnen. Dies letzte Wort ist es, das alle Schwierigkeiten enthält, denn die Decophila-Ameise kann selbst nicht spinnen. Die Sache war also rätselhaft, bis es Prof. Doflein gelang, den Bau eines Nestes bzw. das Ausbessern schadhaft gewordener Stellen zu beobachten.

Eine Anzahl Ameisen hielten mit ihren Mandibeln (Niesern) die beiden aneinander zu spannenden Blätter fest. Dann erschienen andere, die zwischen den Niesern Larven derselben Art trugen. Sie drückten die wärmenähnlichen Larven mit dem Vorderende auf ein Blatt, fuhren dann über den Spalt, drückten dort wieder fest und gingen so immerfort hin und her. Doflein sah dann, wie sich der Spalt allmählich „mit einem feinen seidenartigen Gewebe füllte“. Des Rätsels Lösung ist einfach, der Spinnstoff, der den erwachsenen Ameisen fehlt, wird von den Larven erzeugt und die Ameisen benutzen ihre Kinder „als Spinnrocken und gleichzeitig als Weber-Schiffchen“.

Die genaue Kenntnis der Frage der Werkzeugbenutzung durch Tiere hat auch paläontologisch noch eine gewisse Bedeutung. Sie kann uns nämlich Aufschluß geben über das Alter des Menschengeschlechts. Man kennt aus tertiären Schichten nämlich die sogenannten Colithen (Morgenrösteine), Steine, die bearbeitet sind. Obenfolgende Steine aus späteren Schichten hat man als Zeugen urchenischer Tätigkeit sicher erkannt, die Colithen aber sind den Forschern zu alt. Man glaubt nicht, daß in so alter Zeit schon Menschen existiert haben sollen und hat die Frage aufgeworfen, ob nicht irgendein intelligentes Tier der Hersteller dieser Colithen sein könne. Ich möchte diese Frage jedoch verneinen, denn es handelt sich nicht um einfache, sondern um künstlich verbesserte Werkzeuge. Allerdings ist es sehr möglich, daß der anonyme Hersteller der Colithen ein Wesen war, bei dem die Frage: „noch Affe“ oder „schon Mensch“ nicht beantwortbar ist.

Der Niagara-Fall „Stodengelegt“. Ein höchst seltsames Naturschauspiel hat sich während mehrerer Tage den Anwohnern und Besuchern des Niagara-Falles, und Tausende von Menschen wandern hin, um dieses Naturwunder zu sehen, denn der Niagara-Fall war tatsächlich im Staate des „trockenen Amerika“ trockengelegt worden. Die Ursache dieses Naturwunders war natürlich nicht in Menschenkräften zu suchen, die kaum ausreichen würden, um diese Erscheinung herbeizurufen, sondern in den Kräften der Natur. Eine Eisstaumung nämlich, die sich von Goat Island bis zum Festlande hinzog, hatte sich herartig vor die Niagara-Fälle vorgeschoben, daß der ungeheure und sonst mit gewaltigem Getöse herabstürzende Fall vollkommen verstopft war. Die Staumung begann sich in den Tagen der scharfen Kälte gegen den 16. Januar zu bilden, und zwar nahm sie ihren Anfang bei Fort Don. Es kam dazu, daß sehr heftige Nordwinde herrschten, die im Niagara-Ström selbst und im Griesee das Eis losgerissen und es zu ungeheurer Höhe emporgetaut hatten. Der scharfe Frost, der mit der großen Kältemasse im Januar über Amerika herrschte, hatte das gewaltige Wunderwerk vollendet. Von den Tausenden von Zuschauern wollten natürlich mehrere Hundert zum ersten Male in tollkühner Wahnsinnigkeit vom Festlande über das Eis nach Goat Island wandern. Da aber die Möglichkeit bestand, daß die Staumung in kurzer Zeit wieder behoben wird und die ungeheuren Wassermassen aufs neue herunterdonnerten, so war Gefahr vorhanden, daß alle diese Waghalsen in den Fluten des draußenden Stromes untergingen. Es waren darum von der Regierung in Erwartung dieser Dinge Schulleute und Soldaten an den gefährdeten Stellen aufgestellt worden, welche die Zuschauer hinderten, ihre Ver- suche in die Tat umzusetzen.

Versuchen Sie die neue TELEFUNKEN-LAUTSPRECHER-RÖHRE



R.E.154

Sie werden überrascht sein!

Theater, Lichtspiele usw.

Volksbühne

Sturmflut
Morgen
8 Uhr: Sturmflut
Opernhaus
8 Uhr: Salome

Städtische Oper
Charlotteburg
7 1/2 Uhr: Die fliegende Holländer

Deutsches Theater

Juarez und Maximilian

Kammerspiele

Die letzte Geliebte

Die Komödie

Gesellschaft

Blauer Vogel

Residenz-Theater

Die Durchzüglerin

Thalia-Theater

Der alte Dessauer

Leue, Lotte, Liese

Theater d. Westens

Das Spiel

Rose-Theater

Der Fremde

Central-Theater

Der Fremde

Der Garten Eden

Die Tribüne

Circus Busch

Die Grottenbräut

Rastelli

10 weitere Varietésensationen

Großes Schauspielhaus

Sturmflut
Morgen
8 Uhr: Sturmflut

Städtische Oper

Charlotteburg

Der fliegende Holländer

Deutsches Theater

Juarez und Maximilian

Kammerspiele

Die letzte Geliebte

Die Komödie

Gesellschaft

Blauer Vogel

Residenz-Theater

Die Durchzüglerin

Thalia-Theater

Der alte Dessauer

Leue, Lotte, Liese

Theater d. Westens

Das Spiel

Rose-Theater

Der Fremde

Central-Theater

Der Fremde

Der Garten Eden

Die Tribüne

Circus Busch

Die Grottenbräut

Rastelli

10 weitere Varietésensationen

Berliner Theater

Deutsches Konzil-Theater
Paganini
Th. a. Karlstadt

Th. a. Karlstadt

Th. a. Karlstadt

Th. a. Karlstadt

Th. a. Karlstadt

Th. a. Karlstadt

Th. a. Karlstadt

Th. a. Karlstadt

Th. a. Karlstadt

Th. a. Karlstadt

Th. a. Karlstadt

Th. a. Karlstadt

Th. a. Karlstadt

Th. a. Karlstadt

Th. a. Karlstadt

Th. a. Karlstadt

Th. a. Karlstadt

Th. a. Karlstadt

Th. a. Karlstadt

Th. a. Karlstadt

Th. a. Karlstadt

Th. a. Karlstadt

Th. a. Karlstadt

Th. a. Karlstadt

Th. a. Karlstadt

Th. a. Karlstadt

Th. a. Karlstadt

Th. a. Karlstadt

Th. a. Karlstadt

Th. a. Karlstadt

Th. a. Karlstadt

Th. a. Karlstadt

Th. a. Karlstadt

Th. a. Karlstadt

Th. a. Karlstadt

Th. a. Karlstadt

Th. a. Karlstadt

Th. a. Karlstadt

Th. a. Karlstadt

Lessing-Th.

Gastspiel d. Salzenburgs Bühnen
Königin Luise
Kleines Th.

Ein Spiel

Tod u. Liebe

Philharmonie

Sinfonie-Konzert

Philharmon.Orch.

Dirig: Prof. Pröller

und gef. Mitwirk.

Lilli Bohnke-Mendelssohn

4. Sinf. Beethoven

Viol.-Kz. Mendels.

Philharmonie

Sinfonie-Konzert

Philharmon.Orch.

Dirig: Prof. Pröller

und gef. Mitwirk.

Lilli Bohnke-Mendelssohn

4. Sinf. Beethoven

Viol.-Kz. Mendels.

Philharmonie

Sinfonie-Konzert

Philharmon.Orch.

Dirig: Prof. Pröller

und gef. Mitwirk.

Lilli Bohnke-Mendelssohn

4. Sinf. Beethoven

Viol.-Kz. Mendels.

Philharmonie

Sinfonie-Konzert

Philharmon.Orch.

Dirig: Prof. Pröller

und gef. Mitwirk.

Lilli Bohnke-Mendelssohn

4. Sinf. Beethoven

Viol.-Kz. Mendels.

Philharmonie

Sinfonie-Konzert

Philharmon.Orch.

Dirig: Prof. Pröller

Statt jeder besonderen Anzeige. Die Trauerfeier für den verstorbenen Präsidenten der Reichsgroßgetreidestelle Geheimen Regierungsrat Merz findet am Dienstag, den 23. Februar, nachmittags 5 Uhr, im Diplomatenszimmer des Anhalter Bahnhofs, Zugang Schöneberger Straße, statt.

Am 22. d. M. verschied nach kurzem Krankenlager unser langjähriger treuer Mitarbeiter und Kollege, Genosse Fritz Zinke im 66. Lebensjahre. Wir verlieren in dem so unerwartet Verstorbenen, der erst vor kurzem seinen 65. Geburtstag rüstig beging, einen allezeit pflichteifrigen, gewissenhaften Angestellten, einen lieben, von allen geachteten Freund und Kollegen, einen in schlechten und guten Tagen bewährten, unermüdeten Genossen.

AB 25. FEBRUAR CIRCUS WILHELM HAGENBECK. Müllerstrasse, neben Nordpark. HOLZBAU - DAMPFHEIZUNG.

Neue Welt A. Scholz u. Nasenheide 108-114. Dienstag, den 23. Februar, sowie täglich: Bockbierfest in den bayer. Alpen.

Th. in d. Lützowstr. Tägl. 8 1/2 Uhr: Lempke's sel. Witwe.

Th. a. Hollendorferpl. Tägl. 8 1/2 Uhr: Die offizielle Frau.

Th. a. Alabandl. Tägl. 8 1/2 Uhr: Thiel'scher Stöpsel.

Th. a. Trianon-Th. Tägl. 8 1/2 Uhr: Berlin lacht von 8 bis 12.

Walhalla-Th. Tägl. 8 1/2 Uhr: Die Königin der Nacht.

Intimes Theater. Tägl. 8 1/2 Uhr: Ein undankbarer Mensch.

Jedem schmeckt. Feinkost-Margarine. Blauband. FRISCH GEKIRNT. Fordern Sie die „Blauband-Woche“ zu jedem Pfund.

Wichtige Kleinigkeiten sind oft ausschlaggebend. Ein schlecht geputzter Schuh zerstört den Eindruck einer sonst tadellosen Eleganz. In diese Verlegenheit kommen Sie nie, wenn Sie zur Schuhpflege immer Erdal Marke Rotfrosch verwenden.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Mittwoch, den 24. Februar, mittags 12 Uhr, im Zimmer 28 des Verbands.

Verammlung aller arbeitslosen Maschinen-, Auto- und Reparaturkloster. Mitgliedsbuch legitimiert.

Betriebsräte der Hauptgruppe VI. Untergruppen XVIII und XIX (Nähen, Schreib- u. Nähmaschinenbau, Chirurgie, Feinmechanik u. Optik).

Verammlung. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zur Wahl der Betriebsräte.

Verammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag über: Viehwirtschaft und Lebensreform.

Verammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag über: Die Bedeutung der Wirtschaftskrisis.

Verammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag über: Die Bedeutung der Wirtschaftskrisis.

Verammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag über: Die Bedeutung der Wirtschaftskrisis.

Verammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag über: Die Bedeutung der Wirtschaftskrisis.

Verammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag über: Die Bedeutung der Wirtschaftskrisis.

Verammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag über: Die Bedeutung der Wirtschaftskrisis.

Verammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag über: Die Bedeutung der Wirtschaftskrisis.

Verammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag über: Die Bedeutung der Wirtschaftskrisis.

Verammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag über: Die Bedeutung der Wirtschaftskrisis.

KLEINE ANZEIGEN. Jedes Wort 12 Pf. Anzeigen, welche für die nächste Nummer bestimmt sind, müssen bis spätestens...

Verkäufe. Teppiche, Divanbetten, Tischdecken, Bettvorleger, Küchengeräte, antike Möbel, etc.

Bekleidungsstücke, Wasche usw. Wenig getragen, trifft auf Seide gearbeitete, erfindungreiche, funktionelle, modische, etc.

Möbel. Valentinstühle, Auflegerstühle, Resorbierstühle, etc.

Möbel. Valentinstühle, Auflegerstühle, Resorbierstühle, etc.

Möbel. Valentinstühle, Auflegerstühle, Resorbierstühle, etc.

Möbel. Valentinstühle, Auflegerstühle, Resorbierstühle, etc.

Möbel. Valentinstühle, Auflegerstühle, Resorbierstühle, etc.

Möbel. Valentinstühle, Auflegerstühle, Resorbierstühle, etc.

Möbel. Valentinstühle, Auflegerstühle, Resorbierstühle, etc.

Möbel. Valentinstühle, Auflegerstühle, Resorbierstühle, etc.

Möbel. Valentinstühle, Auflegerstühle, Resorbierstühle, etc.

Möbel. Valentinstühle, Auflegerstühle, Resorbierstühle, etc.

Möbel. Valentinstühle, Auflegerstühle, Resorbierstühle, etc.

Möbel. Valentinstühle, Auflegerstühle, Resorbierstühle, etc.

Möbel. Valentinstühle, Auflegerstühle, Resorbierstühle, etc.